Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint wöchentlich 6 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— RMk. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft", „Frauenwelt" „Fröhliche Welt", „Rund um den Erdball", „Unterhaltungsbeilage". — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RMk. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Fernsprecher Nr. 27

Teleg.-Adr: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet. Zahlungen an Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer ∴ Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 145 — Donnerstag, den 5. Dezember 1929. — 22. Jahrgang.

Aenderungen in der Arbeitslosenversicherung.

Einkommen bis zu 8400 RMk. versicherungspflichtig.

Die Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. 10. 29 hat bezüglich der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung eine ganze Reihe von Neuerungen gebracht, die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Bedeutung sind.

Einmal ist der versicherungspflichtige Personenkreis insofern erweitert worden, als alle Personen, die der Pflicht zur Angestelltenversicherung unterliegen — das sind Angestellte mit einem Jahreseinkommen bis zu 8400 RM. — nunmehr arbeitslosenversicherungspflichtig sind. Dadurch werden nun auch die Angestellten in höheren und leitenden Stellungen, wenn ihr Einkommen die obige Grenze nicht übersteigt, mit Wirkung vom 1. 11. 29 ab beitragspflichtig. Sie müssen bei der Krankenkasse, die im Falle der Krankenversicherungspflicht zuständig ist, vom Arbeitgeber umgehend angemeldet werden, wenn dieser sich nicht strafbar machen will.

Ferner hat die Novelle die Möglichkeit der Befreiung des land- und forstwirtschaftlichen Personals von der Beitragspflicht stark eingeschränkt. Versicherungsfrei ist ab 1. 11. 29 unter bestimmten Voraussetzungen nur noch land- und forstwirtschaftliche Beschäftigung. Nach § 74a des Gesetzes ist darunter eine Beschäftigung zu verstehen, die ihrem beruflichen Wesen nach der Land- und Forstwirtschaft angehört und auch in der Hauptsache dort ausgeübt zu werden pflegt. Beschäftigungsverhältnisse, die an sich nicht land- und forstwirtschaftlicher Art sind, also auch ebenso gut außerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe vorkommen, wie z. B. diejenigen der Gutshandwerker (Stellmacher, Schmiede), Motorpflugführer, Büropersonal (Rendanten, Schreiber) sowie Beschäftigungsverhältnisse von Personen, die nur gelegentlich in der Landwirtschaft tätig sind, Gutsköchinnen, Hausangestellte, besonders von Pfarrern, Lehrern usw. sind demnach versicherungspflichtig.

Gewerbliche Arbeiter in Nebenbetrieben der Landwirtschaft — Brennereien, Molkereien — können künftig nur noch befreit werden, wenn sie außerhalb der Kampagne des Nebenbetriebes mit landw. Arbeiten voll beschäftigt sind. Personal in einem von der Landwirtschaft losgelösten Milchwirtschaftsbetrieb, Gärtner in Blumen-, Kunst- und Landschaftsgärtnereien sind in versicherungspflichtig.

Bei Vorliegen eines Jahresvertrages erlosch bisher die Versicherungsfreiheit, abgesehen vom Ablauf des Vertrages, automatisch bei einem Wechsel in der Person des Arbeitgebers. In Zukunft besteht die Versicherungsfreiheit nach Kündigung des Vertragsverhältnisses in solchen Fällen fort, in denen 6 Monate vor Ablauf des Vertrages nachgewiesen wird, daß der Arbeitnehmer mit einem anderen Arbeitgeber einen Vertrag abgeschlossen hat, der die Voraussetzungen der Versicherungsfreiheit erfüllt und dessen Dauer sich unmittelbar an die des versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisses anschließt.

Ein späterer Vertragsabschluß läßt die einmal erworbene Versicherungsfreiheit nicht vor Beginn des neuen Beschäftigungsverhältnisses aufleben. Das gilt auch für Befreiungen, die am 1. 11. 29 nach den alten Bestimmungen bereits erloschen waren.

Versicherungsfreiheit nach § 72 tritt in Zukunft dann ein, wenn das ländliche Gesinde in die häusliche Gemeinschaft des Stellvertreters des Arbeitgebers aufgenommen ist. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt hat laut Verordnung vom 1. 11. 29 das Gesinde, nicht berufsmäßig der Land- und Forstwirtschaft gehört, für arbeitslosenversicherungspflichtig erklärt, wenn die Stelle weniger als 36 Wochen im Jahr besetzt zu sein pflegt. Die Bestimmung bezweckt, die Zuführung städtischer Arbeitskräfte auf das Land zu erschweren.

Die Versicherungsfreiheit für Lehrlinge erlischt jetzt bereits 12 Monate vor Ablauf des Lehrverhältnisses. Am 1. November 1929 wurden also alle Verhältnisse, die in der Zeit bis zum 31. Oktober 1930 ablaufen, versicherungspflichtig. Eine Nacherhebung von Beiträgen für die Vergangenheit, d. h. für Zeit vor dem 1. 11. 29, kommt nicht in Frage.

Volksschulpflichtige Arbeitnehmer sind im Gegensatz zu dem bisherigen Rechtszustand nunmehr versicherungsfrei.

Vorübergehende Beschäftigung, soweit sie der Krankenversicherung unterliegt, ist künftig nicht mehr versicherungspflichtig, wenn die betr. Beschäftigung nicht hauptberuflich ausgeübt wird, z. B. ein kleiner Landwirt nebenher als Ortsdiener, Feld-, Waldhüter oder Gemeinderechner tätig ist, jedoch nur dann, wenn weniger als 24 Stunden in der Woche die geringfügige Beschäftigung ausübt oder weniger als 8 RM. Woche bezw. 35 RM. im Monat verdient.

In kurzen Worten.

Der Schiedsspruch im Lohnstreit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, der am letzten Sonnabend im Reichsarbeitsministerium gefällt wurde, ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

Bürgermeister Kohl-Köpenick ist auf Grund der Ermittlungen des Staatsanwaltschaftsrats Weihenmayer vom Untersuchungsausschuß des Landtags aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden.

Bei einer Nachwahl im Bezirk von Tamworth (England) gelang es den Konservativen, mit einer Mehrheit von 10736 Stimmen gegenüber den Stimmen der Arbeiterpartei als Sieger zu [illegible]

Krise in der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Abbröckelungsprozeß im Gange. — Die ersten Austritte.

Von einem unserer Berliner Vertreter wird uns gedrahtet: Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei wird am Mittwoch eine Stunde vor Beginn der Plenarsitzung des Reichstages erneut eine Sitzung abhalten. Es muß damit gerechnet werden, daß **sämtliche Gegner des Paragraphen 4 des Volksbegehrens aus der Deutschnationalen Volkspartei austreten werden.** So gut wie sicher ist, daß die Abgeordneten **von Lindeiner-Wildau, Schlange-Schöningen** und **Dr. von Keudell** sich dem Vorgehen der übrigen ausgeschiedenen Abgeordneten anschließen. Dr. von Keudell wird jedoch zunächst nicht aus der Partei, sondern erst aus der Fraktion austreten und über seine Stellung zur Partei erst nach Rücksprache mit den Parteiführern seines Wahlkreises sich entscheiden. Die ausgetretenen Abgeordneten haben auch mit den Abgeordneten Rademacher, Leopold und Behrens verhandelt. Sie unterhalten noch Verbindung mit der Gruppe um den Landbundführer Schiele. Man spricht davon, daß sich die Landtagsabgeordneten Pfarrer Klisch, Lindner und Meier-Hermsfort und andere bereit erklärt haben, sich den ausgetretenen Reichstagsabgeordneten anzuschließen. Die Entscheidung darüber, ob sich die ausgetretenen Abgeordneten zu einer **besonderen Gruppe im Reichstag zusammenschließen** werden, dürfte bereits am Mittwoch fallen. Es ist damit zu rechnen, daß **im ganzen 18 Abgeordnete austreten** und somit die Mindestfraktionsstärke von 15 Abgeordneten überschreiten werden. Aus der Tatsache, daß die ausgetretenen Abgeordneten schon Dienstag abend **mit Führern der Christlich-Sozialen Reichspartei verhandelt haben**, wird geschlossen, daß sie sich zu einer neuen Fraktion, die den Namen Christlich-Soziale Volkspartei tragen wird, zusammenschließen werden.

Der ausgetretene Abg. Dr. Moritz Klönne veröffentlicht in der „D. A. Z." einen Artikel über die deutschnationale Parteikrise. Er meint, die Frage des § 4 und der Fall Treviranus seien nur Erscheinungsformen, aber nicht der Inhalt und der Ursprung der Krise. Die Aufgabe der Partei sollte es sein, diejenigen Kräfte zu vereinigen, die sich das Ziel gesetzt haben, **das Diktat von Versailles durch zielbewußte Opposition zu bekämpfen und nach innen einen Kurs zu steuern, der unter Ablehnung marxistischer Theorien einen gerechten sozialen Ausgleich sichere.** Unter der Führung von Helfferich wäre dieses Ziel erreicht worden. Daß der Kampf um seine Nachfolgeschaft heute noch tobt, das ist die Krisis. **Hugenberg glaubt, eine große Partei wie ein Armeekorps befehligen und benutzen zu können.** Er will Ueberzeugung durch Gehorsam, innere Treue durch Zwang ersetzen. Der Beschluß des Parteivorstandes, gegen die Abgeordneten Hülser, Lambach und Hartwig das Ausschlußverfahren durchzuführen, sei kein Beweis von Klugheit, weil er in der Allgemeinheit die Ueberzeugung auslöst, daß die Abgeordneten wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften ihren Abschied erhielten. Eine beträchtliche Zahl innerlich verantwortungsbewußter deutschnationaler Abgeordneter **lehnt angesichts der bedrohten Lage von Kultur und Wirtschaft alles Trennende ab und sucht statt dessen das Einigende.** Es schwebt ihnen das Ideal vor, einen **großen Block bürgerlich Denkender zu formen**, nicht zur Bekämpfung der Arbeiter, sondern zur Ueberwindung einer Krise der Wirtschaft, die nicht zuletzt aus marxistischen Irrlehren stammt.

Die Austritte aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat beschlossen, gegen die Lambach-Gruppe das Ausschlußverfahren einzuleiten. Daraufhin haben die Reichstagsabgeordneten Lambach, Hülser und Hartwig ihren Austritt aus der Partei erklärt. Nach einer Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei, die zu der Einleitung des Ausschlußverfahrens Stellung nahm, haben auch die Abg. Dr. Klönne, Lejeune-Jung und Treviranus ihren Austritt aus der Partei erklärt. Der Landesverband Ostpreußen der Deutschnationalen Volkspartei, hat den Grafen Dohna wegen eines Artikels gegen den Hugenbergkurs aus der Partei ausgeschlossen.

Berliner Pressestimmen.

In einem Teil der Berliner Presse werden bereits die Austritte aus der Deutschnationalen Volkspartei besprochen. Die „Deutsche Tageszeitung" erblickt in einer derartigen Absplitterung eine Schwächung der Schlagkraft und Aktionsfähigkeit der größten Rechtspartei. Der Ausschluß der drei Abgeordneten bedeute **die Abstoßung eines beträchtlichen Teils des Arbeiterflügels, der den Grundgedanken der Partei Abbruch tun müsse.** Die drei Abgeordneten hätten sich immer in der Ueberzeugung von der Bedeutung und Hilfsbedürftigkeit des landwirtschaftlichen Berufsstandes betätigt, und diesen Standpunkt des Konflikts werde man vom Standpunkt der Grünen Front aus nur bedauern können, weil er wichtige Verbindungsfäden und Einwirkungsmöglichkeiten zerschneide.

Der „Vorwärts" meint, es vollziehe sich eine Loslösung proletarischer Elemente von einer bürgerlichen arbeiterfeindlichen Partei. Hugenberg habe das Tischtuch zwischen den christlichen Gewerkschaften und der Deutschnationalen Volkspartei zerschnitten.

Die „Germania" erklärt, der Austritt sei nicht als ein Protest gegen das parteigerichtliche Verfahren aufzufassen, sondern als das klare Bekenntnis, daß die ausgetretenen Abgeordneten eine fruchtbare politische Arbeit in und mit der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr für möglich halten. Der Dienstag habe eine politische Bewegung ausgelöst, der eine außerordentliche Bedeutung zukomme. Sie sei in ihrer Auswirkung auf die Parteien der Rechten noch nicht klar zu erkennen.

Die „Börsenzeitung" sagt, die sensationellen Ereignisse, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei abgespielt hätten und die nicht vereinzelt bleiben würden, seien wohl nur der Anfang einer Aktion und einer Entwicklung, die weiter gehe.

Chinas Vorbehalte

für die Waffenstillstandsverhandlungen.

Das Nachrichtenbüro der Mukdener Regierung stellt die Moskauer Meldungen, wonach die Regierung die Forderungen Moskaus angenommen habe, in Abrede. Marschall Tschangsüehliang hat die chinesischen Vertreter bei der Konferenz von Charbarowsk beauftragt, folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. Obwohl die chinesische Regierung mit der Wiederherstellung des Status quo auf der ostchinesischen Bahn einverstanden ist, hält sie es für notwendig, **von der Sowjetregierung die Garantie zu erhalten, daß die Eisenbahn nicht zu Zwecken der kommunistischen Propaganda benutzt werde.**

2. Da der entlassene russische Direktor und der ebenfalls entlassene russische Unterdirektor eine falsche Propaganda leiteten, **lehnt China ihre Wiederanstellung ab.**

3. China ist bereit, die Beamten, die den Konflikt herbeigeführt haben, zu entlassen.

4. Die beiderseitigen Gefangenen sollen befreit werden.

5. **Die Truppen beider Parteien sollen bis zu einer bestimmten Entfernung von der Grenze zurückgezogen werden.**

Absage Moskaus an Amerika.

Nach Meldungen aus Moskau hat die amtliche Agentur der Sowjetregierung eine Erklärung veröffentlicht, in der die Demarche der amerikanischen Regierung im chinesisch-russischen Konflikt als nicht zu rechtfertigender Versuch bezeichnet wird, einen Druck auf die im Gange befindlichen Verhandlungen auszuüben. Diese Demarche könne unter keinen Umständen als ein freundschaftlicher Schritt betrachtet werden, und die Sowjetregierung könne es nur erstaunlich finden, daß die Vereinigten Staaten, die auf ihren eigenen Wunsch keine diplomatischen Beziehungen mit ihr unterhalten wollten, es für angebracht [illegible]

Washington erstaunt.

Die Antwort der Sowjetregierung auf die amerikanische Note über die Lage in der Mandschurei hat bei den maßgebenden Beamten des Staatsdepartements in Washington Erstaunen hervorgerufen. Man begreift nicht, wie in dem Schritt des Staatssekretärs Stimson etwas anderes als ein reiner Schiedsschritt erblickt werden kann. Eine offizielle Erklärung ist bisher noch nicht abgegeben worden, aber die Beamten treten mit Entschiedenheit für die Maßnahmen des Staatssekretärs ein.

Einigung über die Direktoren der Ostchinabahn.

Der Vertreter der Mukdener Regierung, Tsai, und der Gesandte des Außenkommissars der Sowjetunion, Simanowski, haben einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion aus Nikolsk-Ussurisk zufolge ein Protokoll unterzeichnet, in dem Tsai erklärte, daß die Mukdener Regierung den derzeitigen Verwaltungsvorsitzenden der Ostchinabahn, Liu, absetzt. Simanowski erklärte, nach der Absetzung Lius werde die Sowjetregierung gemäß der von Litwinow am 29. August dem deutschen Botschafter in Moskau abgegebenen Erklärung bereit sein, anstelle des Direktors der Ostchinabahn Jemschanoff und des stellvertretenden Direktors Eismond andere Kandidaten aufzustellen. Dabei behalte sich die Sowjetregierung das Recht vor, Jemschanoff und Eismond mit anderen Posten bei der Ostchinabahn zu betrauen. Hiermit erklärte sich Tsai einverstanden.

Der Ladenschluß am Heiligabend.

Berlin. (DDZ.) Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten nahm nach längerer Aussprache folgenden Gesetzentwurf an: Offene Verkaufsstellen dürfen am 24. Dezember nur bis 17 Uhr, Verkaufsstellen, die ausschließlich oder überwiegend Lebensmittel, Genußmittel oder Blumen verkaufen, bis 18 Uhr für den Verkehr offen sein. Die beim Ladenschluß noch anwesenden Kunden dürfen noch bedient [illegible]

Der erste Besuch auf Ehrenbreitstein.

„Verwahrlost und verkommen!"

Mit dem Abzug der Besatzung wurde auch der trutzige Ehrenbreitstein, das Wahrzeichen von Koblenz, für den allgemeinen Besuch freigegeben. So lenkte denn am Sonntagnachmittag, begünstigt durch das milde, sonnige Wetter, eine große Anzahl von Besuchern ihre Schritte zu den geräumigen Festungswerken, um sich nach einer Sperrfrist von elf Jahren wieder an dem einzigartigen Rundblick in das freie Rheinthal zu erfreuen. Wegen des zu erwartenden Zustromes der Bevölkerung hatte man die Auffahrt für Kraftwagen und andere Fahrzeuge untersagt. Aber trotzdem nahmen auch vereinzelte Autos und Motorräder ihren Weg auf die steile Höhe, und in der allgemeinen Festtagsfreude drückte die aufsichtführende Polizei diesmal ein Auge zu. Doch ist der einzige Fahrweg auf den Ehrenbreitstein von der Besatzung stark vernachlässigt worden und befindet sich in außerordentlich schlechtem Zustand. Geradezu erschütternd aber ist der Anblick der eigentlichen Festungswerke. Das Innere der zahlreichen Mannschaftsräume ist verkommen und verwahrlost und starrt in Schmutz und hinterlassenen Abfällen. Schwere Eichentüren sind samt den Rahmen aus den Wänden gerissen, Eisenstangen und angebrannte Holzbohlen versperren den Weg zu den oberen Stockwerken. Ueberall liegen Glasscherben, Mauerwerk, Ofenrohre und Unrat aller Art verstreut umher. In dem kümmerlichen Licht, das die Mittagssonne durch die kleinen Fenster sendet, stößt der Besucher im Halbdunkel auf zerlumpte Matratzen und Kleidungsstücke. Dazwischen liegen Kochgeschirre, Lampenteile, zerstörte Möbel. Auch der geräumige Kasernenhof ist vollkommen verwildert.

Von den Zinnen der Festungswerke aber schweift der Blick immer noch wie früher in die herrliche rheinische Landschaft. Er versöhnt mit dem Anblick der Feste im Innern. Man darf erwarten, daß die in Frage kommenden Stellen alles tun werden, um die Zeichen einer elfjährigen Besatzungszeit so schnell wie möglich zu beseitigen.

Die deutschstämmigen Flüchtlinge aus Rußland.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind im ganzen jetzt in Deutschland 1381 deutschstämmige russische Kolonisten, davon 323 in Hamburg, die anderen teils noch in Eydtkuhnen, teils schon in Hammerstein. Das Lager in Hammerstein wird für alle Transporte nicht ausreichen, da insgesamt etwa 5000 Personen zu erwarten sind. Man wird gezwungen sein, dann noch Mölln und Prenzlau hinzuzunehmen.

Herrn Boeß' billiger Stoff.

60 Meter a 1 RM.

Im Sklarek-Untersuchungsausschuß sagte der als Zeuge vernommene frühere Direktor der städtischen Kleidervertriebsgesellschaft Novarra u. a. aus, der heutige Oberbürgermeister, damalige Stadtkämmerer Boeß habe von ihm einmal 60 Meter Stoff, der sonst 5 RM. das Meter kostete, für 1 RM. das Meter verlangt, mit der Bemerkung, daß bei seinem kleinen Gehalt der gewöhnliche Preis zu hoch sei. Boeß sagte mir: „Verschaffen Sie mir 60 Meter a 1 RM." und ich verschaffte sie ihm. (Lebh. Hört! Hört!) Ich habe deswegen eine Strafanzeige auf Denunziation von Angestellten bekommen, mußte aber freigesprochen werden, weil nichts Strafbares vorlag. Ich hatte einfach mit dem Fabrikanten eine Lieferung von 1000 Meter a 5 RM. unter der Bedingung vereinbart, daß ich 60 Meter a 1 RM. mitbekäme.

Boeß bestreitet.

Zu den Aussagen, die Novarra vor dem Untersuchungsausschuß gemacht hat, erklärt Oberbürgermeister Boeß nach einer Mitteilung des Städt. Nachrichtenamtes, er könne sich an einzelne Käufe aus dem Jahre 1922 heute nicht mehr erinnern, bestreite aber jedenfalls, irgend jemand veranlaßt zu haben, ihm Waren unter Preis zu überlassen. Von einer jemals erfolgten staatsanwaltschaftlichen Untersuchung sei ihm nichts bekannt. Auch dem Magistrat ist von solcher Untersuchung nichts bekannt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Mittwoch, dem 4. Dezember.

Reichstagspräsident Loebe eröffnet die Sitzung am Mittwoch, auf deren Tagesordnung die erste Lesung **des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz der Republik** und zur Befriedung des öffentlichen Lebens steht. Am Regierungstisch ist u. a. Reichsinnenminister **Severing** zu erblicken. Mit der ersten Lesung verbunden ist die Beratung verschiedener **deutschnationaler Interpellationen**, die sich u. a. mit der Auflösung des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen beschäftigen, ferner mit der Entrichtung der Beamten durch das Vorgehen der Regierung gelegentlich des Volksbegehrens und schließlich mit der Bestreitung der Kosten der amtlichen Propaganda gegen das Volksbegehren.

Von der kommunistischen Fraktion liegt ein **Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes** vor. Die kommunistische Fraktion hatte noch am Dienstag verlangt, die Beratung des Gesetzes zu vertagen und über die Frage der Ablösung der Markanleihen bei den Großbanken zu verhandeln. Der Antrag war abgelehnt worden. Derselbe Antrag wird von den Kommunisten wiederholt. Die Nationalsozialisten stimmen dem kommunistischen Antrag, das Republikschutzgesetz von der Tagesordnung abzusetzen, zu und beantragen außerdem die **Abstimmung über den nationalsozialistischen Mißtrauensantrag gegen Severing.** Gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten wird die Aenderung des Tagesordnung abgelehnt.

Abg. **Pieck** (Komm.) führt als erster Redner in der Beratung des Republikschutzgesetzes aus, es handle sich hier um ein Kommunistengesetz, mit dem Minister Severing das Bismarcksche Sozialistengesetz kopiert habe. Severing fühle sich als Gendarm der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft.

Abg. Dr. **Everling** (dn.) wirft der Regierung vor, daß sie mit dem Stahlhelmverbot feindliche Waffen gegen den Westen Deutschlands angewendet habe. Der Terror gegen die Beamten beim Volksbegehren habe bis zum Nachtwächter gereicht. Der Redner fragte den Minister, ob er wenigstens beim Volksentscheid die Wahl und Gesinnungsfreiheit schützen wolle.

Das neue Republikschutzgesetz sei ein Gesetz gegen die innere Freiheit und ergänze den Youngplan, das Gesetz gegen die äußere Freiheit. Das Gesetz sei nicht nur verfassungsändernd, sondern verfassungsstürzend. Die Befriedung des öffentlichen Lebens werde nach Mundtotmachung der Opposition die Befriedung des Friedhofs sein.

Die Forderungen der Saarbevölkerung.

Saarbrücken. (WB.) In der Sitzung des Landesrats am Mittwoch gab der Zentrumsabg. **Levacher** für alle Parteien mit Ausnahme der beiden Kommunisten eine Erklärung ab, in der der Beginn der Saarverhandlungen begrüßt und die dringende Erwartung ausgesprochen wird, daß diese Verhandlungen dem einmütigen Willen der Bevölkerung entsprechend, bald zu einem positiven Ergebnis führen werden. Die Erklärung faßt nochmals die **Hauptforderungen** der Bevölkerung des Saargebiets in unzweideutiger Form zusammen:

1. Das ganze Saargebiet muß ohne jede Schmälerung zurück zum Deutschen Reich. 2. Alle Gruben und Kohlenvorkommen müssen dem preußischen oder dem bayerischen Staat zurückgegeben werden. 3. Eine Beteiligung inländischen oder ausländischen Privatkapitals an den Gruben des Saargebiets muß ausgeschlossen bleiben. 4. Die Stichbahnen der ehemaligen Reichsbahn Elsaß-Lothringens müssen zurück in den Besitz des Deutschen Reiches.

Vermischtes.

Zwei Mensurböden ausgehoben. Die Münchener Polizei hat mit einem starken Aufgebot den Mensurboden der Angehörigen des Rudolstädter SC., den diese in München im Kreuzbräu an der Brunstraße hatten, ausgehoben. In gleicher Weise wurde gegen Angehörige des Naumburger SC. im Münchener Waffenring, die im Arzberger Keller ihre Mensuren ausfochten, vorgegangen. Die Namen der auf den Fechtböden Anwesenden wurden polizeilich festgestellt und das Fechtzeug beschlagnahmt.

Ein neuer Vorschlag zur Kriegsverhütung.

Nichtbelieferung kriegführender Mächte.

Einen neuen Weg zur wirksamen Verhütung künftiger Kriege schlägt der frühere Vorsitzende des amerikanischen Schiffahrtsamts, Edward Hurley, in einem Schreiben an den Präsidenten der Internationalen Handelskammer, George Theunis, vor. Danach sollen die Industrieunternehmungen, die die Versorgung der Welt mit den notwendigen Rohmaterialien in Händen haben, ein gegenseitiges Abkommen schließen, daß jede Belieferung kriegführender Mächte verbiete. Ein solches Abkommen, so meint Hurley, würde weit besser als dies Verträge, Abrüstungen oder die Hochhaltung von Garantien für die Erhaltung des Friedens gewährleisten könnten. Er verlangt daher, daß seine Idee bei der nächsten Sitzung der Internationalen Handelskammer in das Programm aufgenommen und ausführlich besprochen werde.

An die Verwirklichung seines Gedankens glaubt Hurley wohl selber nicht.

Die Opposition in der englischen Arbeiterpartei.

Die Regierung will eine Spaltung vermeiden.

Aus **London** wird gemeldet: Die Opposition der äußersten Linken in der Arbeiterpartei gibt der Regierung zu großen Besorgnissen Anlaß. Bereits am Montag und auch am Dienstag haben die mit der bisherigen Politik der Regierung in der Frage der Erwerbslosenversicherung unzufriedenen Mitglieder der Partei mit den Konservativen gegen die Regierung gestimmt. Die sozialistische Regierung soll eifrig bemüht sein, die durch die Haltung der äußersten Linken heraufbeschworene Gefahr einer inneren Spaltung so schnell wie möglich zu beseitigen, ehe es der Opposition gelingt, weitere Unterstützung unter den unzufriedenen Parteimitgliedern zu finden.

Botschaft Hoovers an den Kongreß.

Schnelle Rückgabe des restlichen deutschen Vermögens.

In seiner Jahresbotschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten sprach Präsident Hoover die Hoffnung auf einen vollen Erfolg der Londoner Seekonferenz aus, da andernfalls Amerika während der nächsten sechs Jahre für Marinenbauten allein über 1200 Millionen Dollar ausgeben müßte. Von dem beschlagnahmten **deutschen Eigentum** im Gesamtbetrage von 625 Millionen Dollar ist alles bis auf 111,5 Millionen zurückgegeben worden. Der größte Teil dieses Restbetrages dürfte während des nächsten Jahres erledigt werden. Die Börsenderoute in Amerika hat einen **Rückgang im Verbrauch von Luxusartikeln** und sogenannten „Halbnotwendigkeiten" zur Folge gehabt und eine gewisse Zahl Arbeitnehmer stellungslos gemacht.

In dem Haushaltsvoranschlag für das neue Etatsjahr ist eine **Senkung der Einkommensteuer** um 160 Millionen Dollar vorgesehen.

Ein Feuerwehrhauptmann a. D. als Brandstifter.

In der Niederlassung einer Freiberger Firma im Himmelsfürst bei Brand-Erbisdorf waren am 1. und 30. November Brände ausgebrochen, durch die große Sachschäden entstanden waren. Als Täter wurde jetzt der ehemalige Feuerwehrhauptmann, Gutsbesitzer B. Kircheis aus Brand-Erbisdorf, festgenommen. Er hat die Brände angelegt, um für seine ehemalige Kompagnie die Prämie zu erhalten. Der Verhaftete ist geständig. Er war einer der Hauptbeteiligten im Bauernprozeß im September d. J. vor dem Schwurgericht in Freiberg. Er wurde damals zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, für die ihm eine Bewährungsfrist zugebilligt wurde.

Das französisch-amerikanische Schuldenabkommen.

Die Ratifizierung im amerikanischen Senat beantragt.

Im amerikanischen Senat ist vom Vorsitzenden des Finanzausschusses ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens vorsieht. Das Schuldenabkommen ist, wie erinnerlich, bereits von der französischen Regierung ratifiziert worden.

Sohr der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(52 Fortsetzung.)

Da wurde der Großsteinauer ungeduldig, „Mensch, Sohr," polterte er heraus, „wir wollen uns doch nichts vormachen! Wie es auf Finkenschlag aussieht, wird Ihnen Hinzelmann verraten können, wenn Sie es sich nicht denken können. Und wie es um meine Schwägerin steht, sieht ein Taubstummer."

„Ich verstehe Sie beim besten Willen nicht."

„Nicht? So! Na — die flattert wie ein Vögelchen im Bauer und rennt sich den Kopf wund. Das Herz hat sie sich schon wund gerannt. Und Sie? — Sie sollten es an der Lektion, die Sie ihr erteilt haben, Genüge sein lassen. „Schonet die Zugtiere," steht jetzt zur Ermahnung an allen Straßenecken. Und — mein lieber Freund — daß Sie für eine gewisse Carla Kaden gar nichts übrig hätten, darf ich doch wohl bezweifeln."

„Ich leugne nicht, daß mir Frau Kaden — sagen wir — sympathisch ist. Aber auch dann, wenn sie mir noch mehr wäre, würde ich in Dingen, für die ich die Verantwortung trage, keine Zugeständnisse machen, weil ich nicht gewöhnt bin, die Verantwortung abzulehnen. Ich lasse mir nicht an die Nase tippen."

„Sie wird es auch nicht wieder versuchen, dess' bin ich überzeugt. Also — denn kommen Sie mit, Sohr! Nicht meinet- und meiner Schwägerin wegen. Das wird Ihnen niemand zumuten. Aber machen Sie dem Jungen die Freude. Ich will es Ihnen nie vergessen."

Da erhob sich Sohr. Müde kam er um den Tisch herum. Wie ein alter Mann sah er aus.

„Um des Jungen willen will ich kommen. In einer Stunde bin ich dort. Ich möchte aber niemandem begegnen, Herr Kaden — niemandem, auch am Krankenbette nicht."

„Ich sorge dafür. — Haben Sie Dank, Sohr!"

Die beiden gaben sich die Hand, dann ging Kaden nach Finkenschlag zurück und ließ Sohr in zwiespältigen Gefühlen allein.

* * *

Man habe Claus im Wohnzimmer auf den Diwan gebettet, das hatte Hannjörg auf Befragen berichtet und so vermutete Sohr dort der Herrin zu begegnen. Deshalb hatte er die Bedingung an Kaden gestellt. Daß neben diesem Zimmer aber das Arbeitszimmer Carlas lag und beide nur durch eine Portiere getrennt waren, daran hatte er nicht gedacht.

Als er den Flur des Kadenschen Herrenhauses betrat, empfing ihn Fräulein Kerst.

Lieb ist es von Ihnen und groß, daß Sie sich überwinden. Auch meinen Dank dafür, Sohr," damit öffnete sie ihm die Tür.

Leisen Schrittes ging Sohr zum Lager des Kranken. In weißen Kissen lag sein junger Freund. Teilnahmslos! Die großen blauen Augen blickten starr und leer zur Zimmerdecke. Sein Gesicht war hochrot, auf der Stirn stand Schweiß.

Sohr nahm die Hand, die schlaff an der Lagerstatt herunterhing. Sie war trocken und heiß. Kurz und jagend war der Atem. Dann beugte er sich über den Kranken und nahm ihn in die Arme.

„Clausimann — kennst du mich? Ich komme dich besuchen."

Da trat Verstehen in die leeren Augen und heiser kam es von den trockenen Lippen: „Sohr" — dann nochmals: „Sohr" — und ein seliges Lächeln trat auf die matten Züge — nur eine kurze Zeit. Ein Hustenanfall löschte es aus. Sohr ließ sich den kleinen Körper beruhigen, dann bettete er ihn behutsam in die Kissen zurück.

„So, Clausimann, nun ganz ruhig liegen und gar nicht reden, schön still sein, sonst kommt der böse Husten wieder."

„Bleibst du hier, Sohr?"

„Wenn du schön ruhig bist, bleibe ich bei dir, bis der Sandmann kommt."

„Wenn du fortgehst, muß ich nämlich sterben, Sohr, das hat der Doktor zu Mutti gesagt. Ich hab es gehört." — Mit angstvollen Augen blickte er zu Sohr auf, der mit zusammengekniffenen Lippen ins Weite sah und fragte zum anderen Male: „Sohr, ist das wahr, was der Doktor sagt?"

„Nein, mein Junge, das ist nicht wahr. Der Doktor weiß wohl, was dir gut ist, was du essen darfst, was du für Medizin nehmen mußt, wenn die Umschläge gemacht werden müssen und noch vieles andere. Aber daß du sterben mußt, das weiß der Doktor nicht, das weiß überhaupt kein Mensch auf der ganzen weiten Welt."

Und wieder kam die angstvolle Frage: „Du auch nicht, Sohr?"

„Doch, Clausimann, ich weiß es. Ich ganz allein weiß es, daß du nicht sterben mußt."

„Woher weißt du das?"

„Vom lieben Gott. Der war böse auf Finkenschlag."

„Warum, Sohr?"

„Weil deine Mutti ein Unrecht nicht einsehen wollte und von mir verlangte, ein Unrecht zu tun. Sie hat gewiß geglaubt, daß es kein Unrecht ist."

„Was hat Mutti denn getan?"

„Danach mußt du sie selbst fragen, wenn du gesund bist. Vorher aber darfst du's nicht. Hörst du, Claus — vorher nicht fragen! Das will der liebe Gott so. — Wenn aber ein Mensch Unrecht tut, dann muß er das bekennen und bereuen und wieder gut zu machen suchen. Und wenn der Mensch es nicht tun will, dann straft ihn Gott am Liebsten, was der Mensch hat. — Und weil du nun das Liebste dist, das deine Mutter hat, so straft er sie an dir. Deshalb ließ er dich krank werden."

„Das ist garstig vom lieben Gott!"

„Nein, Claus, das ist klug von ihm. Nur so kann Gott deine stolze Mutter demütig machen."

„Wenn aber Mutti nun nicht will, dann muß ich immer krank sein."

„Nein, das mußt du nicht! — Wenn sich nämlich ein Mensch findet, Clausimann, den deine Mutti kennt und der dich sehr lieb hat und dieser Mensch sagt zu Gott: erleuchte die Mutti, daß sie ihr Unrecht erkennt und laß mich für den kleinen Claus leiden, dann tut Gott das, denn Gott ist gut. — Und sieh, das ist geschehen. Der Mensch, der das zu Gott gesagt hat, bin ich."

„Du, Sohr?"

„Ja ich, mein lieber Junge!"

„O — nun mußt du krank werden."

„Das muß ich nicht erst, Clausimann, das bin ich schon. Man sieht es nur nicht. — Ich hab das Liebste und Beste was ich hatte — meinen Willen und meinen Stolz — für dich hingegeben. Und der liebe Gott hat das Opfer angenommen, denn er hat mich zu dir geführt. — Glaubst du es nun, daß du nicht sterben mußt und bald wieder gesund wirst?"

„Ja, Sohr, ich glaube es." — Und der Kleine streckte die Aermchen nach ihm aus und sagte: „Komm lieb haben."

Lange hielt der Herrin Sohn den Freund umfaßt, dann machte sich Sohr behutsam frei.

„So, Clausimann, nun mach' ich dir einen Umschlag und dann schläfst du dich gesund. Ueber acht Tage ist Erntedankfest, da mußt du singen und springen können."

Wortlos aber strahlenden Gesichts ließ sich der kleine Mann in die kalten Tücher packen. Er tat keinen Mucksen. — Dann schüttelte ihm Sohr die Kissen auf und bettete ihn weich.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat

Spangenberg, den 5. Dezember 1929.

Steuern im Dezember.

5. Dezember: Steuerabzüge für die Zeit vom 16. bis 30. November.

10. Dezember: Umsatzsteuervorauszahlung; Schonfrist bis zum 15. Dezember. Fälligkeit der Börsenumsatzsteuer für November. In Preußen: Steuererklärung und Bezahlung der Getränkesteuer für die zweite Hälfte November.

16. Dezember: In Preußen: Fälligkeit der Grundvermögens- und Hauszinssteuer für Dezember; keine Schonfrist.

20. Dezember: Steuerabzüge für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember.

27. Dezember: In Preußen: Steuererklärung und Bezahlung der Getränkesteuer für die erste Hälfte Dezember.

— **Vermehrung des Raubzeuges.** Wer die Treibjagd verfolgt und beobachtet hat, der kann feststellen, daß sich das Raubzeug im letzten Sommer stark vermehrt haben muß. Neben dem Fuchs werden vor allem Wiesel und Iltisse häufiger gesehen und geschossen. Auch der seltene Baummarder ist in einem Falle — und man darf man sagen: leider — erlegt worden. Ja letzter Zeit mußte in drei Fällen die Frischotter ihren wertvollen Balg lassen. Nichtsschwur für den Jäger sei freilich, nicht alles auszurotten, sondern das Raubzeug nur zu halten.

— **Steigende Stromerzeugung in Hessen-Nassau.** Nach den Ergebnissen der amtlichen Produktionserhebung erreichte die gesamte Stromerzeugung in Hessen-Nassau im verflossenen Jahr über 748 Mill. Kwst. und übertraf damit die des Vorjahres um 18 Prozent. Am Aufgang beteiligt, da ihr Anteil 533 Mill. Kwst. betrug, während in den Eigenanlagen der Selbstversorger nur 215 Mill. Kwst. erzeugt wurden. Unter den Kraftquellen für die Gewinnung der elektrischen Energie stehen die festen Brennstoffe obenan; 643 Mill. Kwst. bezw. 87 Prozent der Gesamtgewinnung entfielen auf Steinkohle oder Braunkohle, dagegen nur 91 Mill. Kwst. auf Wasserkraft (13 Prozent) und ein unbedeutender Rest auf Oel und Gas. Rund 308 Mill. Kwst. wurden aus Steinkohle, rund 320 Mill. Kwst. aus Braunkohle und Braunkohlenbriketts gewonnen. Am größten ist der Braunkohlenverbrauch bei den öffentlichen Elektrizitätswerken, wo der Anteil des aus Braunkohle gewonnenen Stroms 266 Mill. Kwst. betrug.

+ **Viehzählung.** Gezählt wurden am 2. 12. 29. in der Stadt Spangenberg: (eingekl. Zahlen: Ergebnis vom 1. 12. 1928) Pferde 87 (89), Rindvieh 270 (299), Schafe 136 (250), Schweine 448 (523), Ziegen 229 (285), Kaninchen, 80 (58), Gänse 146 (169), Enten 40 (66), Hühner 3505 (2665), Trut- und Perlhühner 2 (3), Bienenstöcke 46 (58).

△ **Brüder in Not!** Unter Hinweis auf den Aufruf des Kreisvereins vom Roten Kreuz usw. vom 3. 12. 29 sei hiermit bekanntgegeben, daß die Stadtsparkasse Spenden entgegennimmt. Es kommt auf rasche und schnelle Hilfe an; auch kleinste Beträge sind willkommen.

* **Kino.** Wieder wartet die Kinodirektion mit einem ausgezeichneten Programm auf. „Sturmflut" ein Drama in 6 Akten wurde von der Bayerischen Lichtbildstelle als künstlerisch anerkannt und verspricht somit den besten Erfolg. Seemannslos — wer kennt die heimtückischen Elemente des Meeres, wer erlebte eine mörderische Sturmflut auf hoher See, wer sah Schiffe kentern — Seemannslos... „Sturmflut", Schicksal des Menschen, wie gleicht du dem Meer — Schiffe in Not! All dieses wird uns in packenden Bildern vor Augen geführt, dazwischen aber spielt die Liebe zweier Menschen, sodaß dieser Film in seiner Gesamtheit eine Glanzleistung darstellt. (s. Inserat)

Kassel. Ein **eigenartiger Unfall** ereignete sich am Steinweg. Dort wollte eine ältere Frau die Straße überqueren, als der Wind ihren Mantel auseinanderriß. Ein vorüberfahrendes Auto erfaßte mit dem Kotflügel den wehenden Mantel und riß die Frau mit. Zum Glück konnte auf das Geschrei der Umstehenden hin der Kraftfahrer den Wagen schnell zum Halten bringen, doch erlitt die Frau sehr erhebliche Verletzungen am Kopf, an den Armen und Beinen. Nach Anlegung von Notverbänden wurde die Bedauernswerte dem Landeskrankenhaus zugeführt.

— Unter Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Fennel hielt hier der **Kurhessische Kriegerbund** seine 27. Abgeordnetenversammlung ab. Der Ehrenvorsitzende, General der Infanterie Exzellenz v. Hülsen eröffnete die Versammlung mit einer eindrucksvollen Rede. Die Bundesarbeit im verflossenen Berichtsjahr war rege und erfolgreich. Trotz erheblicher Abgänge (es starben allein 843 Altveteranen) ist die Mitgliederzahl von 31679 auf 35896 gestiegen. Der zweite Vorsitzende, Oberleutnant von Both, hielt ein Referat über „Kyffhäuserjugend". Infolge der Vereinigung mit Waldeck heißt der Bund vom 1. Januar 1930 an „Kriegerbund Kurhessen und Waldeck". Fürst Friedrich von Waldeck hat die ihm angebotene Ehrenmitgliedschaft angenommen.

— Der 40jährige Bergmann Knobel aus Ehlen **verunglückte** in einer Zeche des Habichtswaldes dadurch, daß er unter Tage gegen ein zersplittertes Brett rannte, dessen Spitzen ihm **in den Hals drangen.** In schwerverletztem Zustande wurde er dem Rotekreuzkrankenhaus zugeführt.

Witzenhausen. Da für das Siechenhaus in Hofgeismar seit Jahren so viele Anmeldungen vorliegen, daß es den Anforderungen nicht genügen kann, hat die Verwaltung der Anstalt, die im Verband des Landesvereins für innere Mission steht, in Witzenhausen zwei auf dem Johannisberg gelegene Gebäude erworben und als **Altersheime** eingerichtet. In dem größeren Gebäude befand sich früher ein Sanatorium, im kleineren die Wohnung des Arztes. Beide Häuser sind unter Aufwendung erheblicher Kosten freundlich hergerichtet und mit Zentralheizung versehen worden. Es stehen etwa 26 Zimmer zur Verfügung, die für ältere alleinstehende Personen beiderlei Geschlechts bestimmt sind. Ihnen bietet das neue Heim der Inneren Mission zu niedrigen Selbstkostenpreisen von 3 RM. täglich auf volle freie Pension mit Bedienung, Heizung, Beleuchtung, freier Wäsche und bei Krankheiten auch kostenloser Pflege und ärztlicher Behandlung.

Konzert des Kasseler Lehrergesangvereins.

Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Konzert des Kasseler Lehrergesangvereins, auf das an dieser Stelle schon mehrfach empfehlend hingewiesen wurde.

Es ist eine tief bedauerliche Erscheinung unserer Zeit, daß deutsche Chorvereinigungen — auch solche, deren Namen weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus besten Klang haben, und die als führend anerkannt werden — in ihrem Bemühen, deutsches Liedgut zu pflegen, deutsche Meister dieses Gebietes in mustergültiger Weise zu Gehör zu bringen, vielfach auf recht geringes Verständnis in der Oeffentlichkeit stoßen. Den Gründen hierfür an dieser Stelle nachzugehen, würde zu weit führen. Sie sind verschiedenster Art und durchaus nicht immer sachlich, durchaus nicht immer frei von einer gewissen Ueberheblichkeit und Wichtigtuerei, wohl gar Gehässigkeit dem Männerchorwesen gegenüber. Die Schaffensfreude der Komponisten, wie auch der Idealismus der ausführenden Vereine — und jede ernstlich strebende Chorvereinigung in Stadt oder Land, auch die kleinste, wird vom Idealismus getragen — werden dadurch auf harte Proben gestellt. Trotzdem gilt es: In dem Mühen nicht müde werden; denn wertvollstes deutsches Volks- und Kulturgut ist zu erhalten und über die Oberflächlichkeit unserer Tage hinweg zu pflegen! Wenn der Kasseler Lehrergesangverein in diesem Sinne am kommenden Sonntag in Spangenberg für das deutsche Lied werben wird, so hofft er, gestützt auf die angenehmen und ermutigenden Erfahrungen aus seinem früheren Konzert, zu den zahlreichen Freunden von damals noch recht viele neue hinzu zu gewinnen.

Die Vortragsfolge bringt Chöre verschiedenster Komponisten. Hugo Kaun und Rudolf Buck, zwei der bedeutendsten Führer der Gegenwart auf dem Gebiete des Männerchorwesens (Kaun lebt in Berlin, Buck in Tübingen) sind vertreten. Beides Männer mit einer ausgeprägten Liebe zur deutschen Musik, die in der Liebe zur deutschen Heimat ihre Wurzel hat. Ihrer gemütstiefen Art verdankt das deutsche Chorlied zu einem wesentlichen Teile seinen Aufschwung und die Höhe, auf die es jetzt gebracht ist. Sie halten in ihren Schöpfungen eine gesunde Mittellinie zwischen den seichteren Produktionen früherer Jahrzehnte und der übermäßigmodernen Richtung der letzten Jahre und wissen dem Sänger wie dem Hörer Freude und Genuß an der edlen Sache zu geben und zu erhalten, wenngleich sie an den Sänger oft recht schwierige Anforderungen stellen. Kaun ist in der Vortragsfolge mit vier Chören vertreten, die in ihrem Stimmungsgehalt einen allmählichen Uebergang von tiefer, wehmütiger Klage zu ausgelassener Fröhlichkeit darstellen. Buck steuert zwei Bearbeitungen bekannter Volkslieder bei, die sicherlich Anklang finden werden. Er widmet sich als Komponist ausschließlich dem Männerchor, und das volkstümliche liegt ihm besonders gut. — Neben Kaun und Buck wäre Walther Moldenhauer zu nennen, der leider zu früh Verstorbene. Eine Musikerpersönlichkeit von ungemein feinem Empfinden für Klangwirkungen. Sohn eines Hauptlehrers und selbst einige Jahre Lehrer, studierte er dann Musik und wurde später infolge seiner außerordentlichen musikalischen Befähigung an die Hochschule für Musik in Charlottenburg berufen, an der er bis zu seinem vor zwei Jahren erfolgten Tode wirkte. Seine besondere Liebe als Komponist brachte er den Volksliede entgegen. Aus seinem Zyklus „Balladen und volkstümliche Gesänge in Form von Variationen für Männerchor", den er dem Kasseler Lehrergesangverein widmete und zur Uraufführung überließ, bringt der Verein drei Folgen. Der Zyklus war ein Teil des Konzertprogramms des Vereins auf der „1. Nürnberger Sängerwoche 1927" und dem Wiener Sängerbundesfest 1928, die auch im Anschluß an das Wiener Fest in Graz gelegentlich der 800-Jahrfeier der Stadt und brachte ihm wie dem Komponisten, der den Nürnberger Erfolg persönlich miterlebte, überall begeisterte Anerkennung ein. — Weiterhin nimmt das rein volkstümliche Element in dem Konzert einen breiten Raum ein, vertreten durch die Komponisten Hans Heinrichs, Carl Loewe, Joseph Reiter und zwei Kasseler: Robert Laugs und Fritz Hoffmann. Verschiedene dieser letzteren Chöre werden als Gau- bezw. Bundeschöre auf dem bevorstehenden Sängerbundesfest des Mitteldeutschen Sängerbundes im kommenden Jahre erklingen. — Schließlich sei hervorgehoben, daß Friedrich Schröder (Mitglied des Vereins), der mit dem Besitz eines vornehmen lyrischen Baritons eine feine Gesangskultur verbindet und daher immer wieder gern gehört wird, verschiedene Lieder von Hugo Wolf zum Vortrag bringen wird, deren Begleitung in den Händen von Dr. Robert Laugs, dem temperamentvollen Führer des Chores, liegt.

Alles in allem: der Konzertabend dürfte ein auserlesener Genuß werden, den sich kein Freund der edlen Musik entgehen lassen möge. Das Konzert wird von 95 Sängern unter Leitung von Dr. Robert Laugs gegeben. **Die Abonnenten werden nochmals gebeten, ihre Eintrittskarten in den Buchhandlungen von Lösch und Siebert bis zum Sonntag abzuholen.**

Des weiteren sei nochmals darauf hingewiesen, daß sich an das Konzert ein gemütliches Beisammensein mit dem Gastverein anschließt. Es ist selbstverständlich, daß nur Konzertbesucher sich daran beteiligen können. Diese werden deshalb gebeten, ihre Eintrittskarten aufzubewahren.

F. Heinlein.

Weiter. Die Eheleute Andreas Freiling und Frau Christine aus dem benachbarten Wollmar konnten in voller Rüstigkeit ihre **diamantene Hochzeit** begehen. Dem Jubelpaar wurden zahlreiche Ehrungen zuteil.

Warburg. Anstelle des seines Postens enthobenen Landrats Schönkaes, gegen den von der Oberstaatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen angeblicher Begünstigung von Betrügereien zum Nachteile der Reichsbahndirektion Kassel eingeleitet worden ist, hat die Regierung den Regierungsrat Böckenhoff von der Regierung in Arnsberg mit der **einstweiligen Verwaltung des Landratsamtes Warburg** beauftragt. Ueber den Fortgang der Untersuchung gegen Landrat Schönkaes ist zu melden, daß die Schuld darin erblickt wird, daß Landrat Sch. zahlreichen unbemittelten Eltern seines Kreises Fahrscheinvergünstigungen für ihre Kinder unterschrieben hat, sodaß diese nach Ferienerholungsheimen an die Nordsee und nach Bayern bzw. nach dem Schwarzwald zu sehr verbilligten Fahrscheinpreisen der Reichsbahndirektion Kassel befördert werden konnten. Bei der Schlußabrechnung hat sich dann herausgestellt, daß eine ganze Menge Voraussetzungen zur Genehmigung dieser Fahrpreisermäßigungen nicht erfüllt worden waren. Die eingeleitete Untersuchung muß nun ergeben, ob Landrat Sch. fahrlässig gehandelt hat oder ob die vorsätzliche Begünstigung von Betrügereien nachgewiesen werden kann. Landrat Schönkaes gilt als ein außerordentlich fürsorglicher und hilfsbereiter Beamter, sodaß diese Vorfälle im ganzen Kreise Warburg größte Anteilnahme finden.

Limburg. Das hiesige Schwurgericht verhandelte in seiner letzten Periode in diesem Jahre gegen die Witwe Luise Kunkel aus Blessenbach (Oberlahnkreis), die angeklagt ist, im Mai d. Js. ihr **Haus in Brand gesteckt zu haben.** Das Haus sollte zur Zwangsversteigerung kommen und war erst ein halbes Jahr vorher hoch versichert worden. Die Angeklagte bestritt jedoch jede Schuld. Durch Zeugenaussagen ist aber erwiesen, daß in dem Keller Benzinspuren, Strohballen und benzingetränkte Kleidungsstücke gefunden worden sind. Das Gericht verurteilte die Angeklagte, die 60 Jahre alt und Mutter von 12 Kindern ist, zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus.

Frankfurt. Der Magistrat hat beschlossen, die seitherige Wilhelmstraße in **Stresemann-Allee** umzubenennen.

— Nach dem Stande vom 30. September ergibt sich auf Grund der von den Amts- und Dienststellen erstatteten Wirtschaftsberichte für das Geschäftsjahr 1929 ein voraussichtlicher Fehlbetrag gegenüber dem Voranschlag **von 6 524 500 RM.**, der durch voraussichtliche Mehreinnahmen von 1 051 000 RM. und voraussichtliche Mehrausgaben von 7 576 400 RM. zustande kommt. Die wesentlichsten Ueberschreitungen finden sich im Kapitel Wohlfahrtspflege mit 4 136 300 RM. und in der Finanzverwaltung mit 2 824 790 RM. Diese Mehrausgaben in der Finanzverwaltung rühren aus Mehraufwendungen für die Verzinsung von Anleihekapitalien her. — Es ist nicht unmöglich, daß auch dieser Fehlbetrag noch überschritten wird, wenn die Summen für die wachsende Erwerbslosenfürsorge steigen.

— In der Schulstraße stieß ein Kind beim Spielen in der elterlichen Wohnung gegen einen schadhaften Fuß des Küchenherdes. Dabei kippte der Herd um, und das Kind kam unter ihn zu liegen. Das auf dem Herd stehende Essen und heißes Wasser kippte um, wodurch das bedauernswerte Kind so **schwere Brandwunden** erlitt, daß es kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus gestorben ist.

Wissenschaft, Kunst und Technik.

Die **Uraufführung von Gerhart Hauptmanns „Spuk"**. Die unter dem Titel „Spuk" zusammengefaßten Einakter „Die schwarze Maske" und „Hexenritt" von Gerhart Hauptmann gelangten in Gegenwart des Dichters im Wiener Burgtheater zur Uraufführung. Sowohl die „Schwarze Maske", deren tragischer Hintergrund Ereignisse aus der Zeit nach dem Westfälischen Frieden bilden, als auch das zweite Stück, ein auf heitere Wirkung berechnetes Traumspiel mit einer romantischen Schloßruine als Schauplatz fand, unterstützt durch die vorzügliche Aufführung der ersten Künstler des Burgtheaters, beim Premierenpublikum beifällige Aufnahme. Gerhart Hauptmann wurde mehrere Male vor den Vorhang gerufen, und das Publikum brachte ihm wiederholte Ovationen dar. Nach der Vorstellung gab der Unterrichtsminister zu Ehren des Dichters und seiner Familie einen Empfang.

Ein Grammophon ohne Platten. Die Erfindung des Tonfilms hat sich auch auf die Herstellung neuartiger Grammophone ausgewirkt. Im Oesterreicher-Club von Wien ist vor einem geladenen Publikum jüngst das neue Grammophon, das keiner Platten mehr bedarf und ganze Musikstücke auch von längerem Ausmaß ohne den sonst erforderlichen Plattenwechsel vorführen läßt, zur Darstellung gebracht worden. Anstelle der Platten wird nämlich ein Kartonstreifen benutzt, auf dem die Membranschwingungen photographisch festgehalten sind. Aehnlich wie beim Bildfunk wird nun das Grammophon in Tätigkeit gesetzt, durch einen Lichtstrahl, der durch eine Selenzelle geht.

Versteigerung einer wertvollen Münzensammlung. Bei H. S. Rosenberg in Hannover kommt die außerordentlich wertvolle und größte Münzensammlung Norddeutschlands, das Münz- und Medaillenkabinett des Freiherrn Wilhelm Knigge, zur Versteigerung. Die Sammlung ist in fast 40jähriger Tätigkeit aus Liebe zur niedersächsischen Heimat gesammelt und zusammengestellt und umfaßt alle Münzen und Medaillen, die es je im Lande Braunschweig, Hannover und den angrenzenden Gebieten gegeben hat. Das Kabinett weist 5511 Nummern auf. Es handelt sich um nur wenige Münzen des Mittelalters, der Kipperzeit um 1620 und fast gar kein Kupfer, sondern hauptsächlich um alle Münzsorten, -Typen und -Jahrgänge, die in rund 400 Jahren aus den Münzwerkstätten der braunschweigisch-lüneburgischen Fürsten, des Welfenhauses, hervorgegangen sind.

Durchführung des Volksentscheids „Freiheitsgesetz"

Die Stimmliste für die Abstimmung über den Gesetzentwurf gegen die Versklavung des Deutschen Volkes liegt in der Zeit von Sonntag, den 8. ds. Mts. bis Sonntag, den 15. ds. Mts. an den Werktagen während der Dienstzeit, an den Sonntagen von 11—13 Uhr im Rathause zu jedermanns Einsicht aus. Wer die Stimmliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 15. Dezember 1929 beim Magistrat schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit der Behauptungen nicht offenkundig ist, sind Beweise beizubringen.

Spangenberg, den 5. Dezember 1929.

Der Magistrat, Schier.

Für den
Weihnachtstisch
empfehle mein reichhaltiges Lager in
STRÜMPFEN
Ia. JASMIN-WÄSCHE
von einfachster bis zu elegantester Ausführ.
Stickerei
Wäsche-Macco
Trikotagen
FRAU C. JAHN.

Verlange nur
Holländerin-
Buttermilchseife
Nur sie erhält dir deine Schönheit!
Ueberall zu haben!
Preis 35 Pfennig per Stück
Alleinige Hersteller:
Günther u. Haussner
A.-G. Chemnitz.
Niederlage bei:
Firma H. MOHR,
Spangenberg.

Sehr schöne Weine
zu
Tisch- u. Bowlenweinen
(Mosel- und Rhein)
fst. Frankfurter Apfelwein

Ia. 1928er Edenkobener Hirschberg	p. Fl. 1.35 incl.
Ia. Bockenheimer Sonnenberg	p. Fl. 1.40 incl.
Ia, Aldegunder Palmberg	p. Fl. 1.65 incl.

sowie sämtliche Bowle Zutaten.
Ferner
1928er Valencia Montagne, span. Rotwein, RM. 1.35 per Flasche incl.
Ia. Orig. Insel Samos . . p. Fl. incl. RM. 1.50
empfiehlt
Karl Bender.

Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine e. V.

Vortragsabend

Freitag, den 6. ds. Mts. 8¹⁵ abends Stadt Frankfurt.

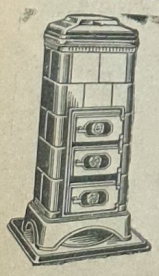
Es sprechen:

Frau Else Warlich, Harleshausen über:
Hauswirtschaft — Volkswirtschaft.

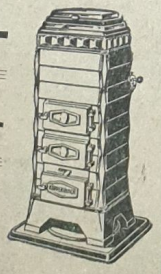
Frau Margarete Krauß, Kassel über:
Warum Zusammenschluss?

Alle Hausfrauen von Spangenberg und Umgegend sind eingeladen.

Küppersbusch-



Dauer-
brand-
Oefen



H. Mohr.

Lest Euer Heimatblatt!

C. KLINGEBEIL - KASSEL
WILHELMSSTRASSE 2
*
Die führende Werkstatt
für eine gediegene Bildereinrahmung

Kasseler Lehrergesangverein.

Sonntag, den 8. Dezember 1929, abends 7 Uhr
im Heinzschen Saale

KONZERT

Leitung: Dr. Robert Laugs
Erster Kapellmeister am Staatstheater zu Kassel
Bundes-Chormeister des Mitteldeutschen Sängerbundes.

Vorverkauf der Karten in den Buchhandlungen Lösch u. Siebert.

I. Pl. numm. 2.—. II. Pl. 1.50, III. Pl. 1.—

Komme jeden Freitag
mit
Seefischen, Flußfischen, frischen
Salzheringen u. Fischmarinaden
auf den Wochenmarkt
Heinrich Eifert / Heinebach
Fischhandlung

Aufruf zu einer Rotkreuz-Sammlung „Brüder in Not"!

Das Deutsche Rote Kreuz hat zu einer Sammlung „Brüder in Not"! aufgerufen. Mit diesem Ruf erbat es schon einmal im Jahre 1922 Hilfe, um deutsche Stammesbrüder in Rußland vor Hungersnot und Seuchen zu schützen, und willig öffneten sich mildtätige Hände.

Heute klingt der gleiche Ruf durch deutsche Lande, aber jetzt, um deutschen Bauern zu helfen, die in Sibirien und in anderen Teilen Rußlands in wirtschaftliche Not gerieten und sich zur Auswanderung entschlossen. Mit geringer Habe sind sie in eine ungewisse Zukunft hineingezogen. Einige hundert sind bereits bis Kiel und Hamburg gekommen, weitere hunderte sind unterwegs, tausende warten in Moskau auf die Bewilligung zur Ausreise. Diesen Deutschen, die trotz jahrzehntelangen Aufenthalts in fremdem Lande ihr Deutschtum treu bewahrten, die mit zäher Ausdauer arbeiteten, jetzt aber ihrer Existenz beraubt sind, soll in Deutschland eine Zufluchtsstätte gewährt werden. Die Zufluchtsstätte wird für die meisten nur vorübergehend sein, weil sie im fernen Westen eine neue Heimat gründen wollen, sobald ihnen die Einreise genehmigt ist. Sie kann für viele zur dauernden Heimstätte werden, wenn es gelingt, sie in den Siedlungsgebieten unserer östlichen Provinzen unterzubringen.

Zu beiden Zwecken sind große Geldmittel nötig. Die 6 Millionen Reichsmark, die das deutsche Reich zur Verfügung stellt, reichen nicht aus und müssen durch Spenden der freien Liebestätigkeit ergänzt werden. Diese sollen bis zum 31. Dezember 1929 durch Geldsammlungen im ganzen Preuß. Saatsgebiet aufgebracht werden. Die Veranstaltung der Sammlung ist den Wohlfahrtsverbänden unter Führung des Deutschen Roten Kreuzes übertragen.

Wir wenden uns daher an alle Einwohner des Kreises Melsungen mit der dringenden und herzlichsten Bitte, auch diesmal ihren bewährten Opfersinn zu betätigen und ein Scherflein zu dem angegebenen Zwecke beizusteuern und dabei zu bedenken, daß die Not der Auswanderer groß ist und daß es für Jedermann ein dringendes Gebot der Nächstenliebe ist, unseren Mitbrüdern schnell und reichlich zu helfen.

Spenden bitten wir bis zum 31. Dezember 1929 unter Angabe des Namens und der Anschrift, sowie der Höhe der Spende entweder an die **Kreissparkasse Melsungen (Hauptsammelstelle) zum Konto 664** Rotekreuz-Sammlung „Brüder in Not" oder an die **Sammelstelle im Ort (Bürgermeisteramt)** zu entrichten.

Melsungen, den 3. Dezember 1929

Kreisverein vom Rotenkreuz,
Vaterländischer Frauenverein
und Sanitätskolone vom Roten Kreuz.

Spangenberger Lichtspiele

Sonntag, 8. Dezember 1929
abends pünktlich 8.15 Uhr

Sturmflut
Schicksal des Menschen, wie gleichst du dem Meer
Drama in sechs Akten von Hanna Barkhausen,
von der Bayr. Lichtbildstelle als künstlerisch anerk.

Ferner:
Ich bin so schüchtern
Filmgroteske in 2 Akten
und
Landurlaub
Filmgroteske in 2 Akten
Ufa-Wochenschau

Sonntag nachm. 4 Uhr
Kindervorstellung
Eintrittspreis 20 Pfennig.
Ia. Kasseler Musik!

Die schönste u. billigste
Abend-Unterhaltung
bieten Ihnen die
Spangenberger Lichtspiele.

INSERATE
für d. Sonnabend-Nummer erbitten wir
bis zum Freitag mittag!

Freitag früh
Ia. Schellfische
Ia. Bücklinge
Ia. Sprotten
Ia. Bratheringe
offeriert
H. Mohr.

Ia. große neue Wallnüsse
Ia. große neue Haselnüsse
Ia. Erdnüsse
Ia. Riesen Mandeln
Ia. Mandeln
Ia. Kokosnüsse
Feinstes Citronat, Sultanien, Rosinen, Corinthen, feinste Gewürze
H. Mohr.

Gemischter Chor
„Liederkränzchen"
Donnerstag abd. ½9 Uhr
Gesangstunde
Kassieren der Beiträge.
Der Vorstand.

Strickwolle v. Strang 40 Pfennig
Kammwolle p. Pfd. 2.50
Vertreter gesucht! (257)
Wollspinnerei Tirschenreuth B

Sitzung des Kommunal-Landtages

vom 8.—10. April 1929 in Kassel.

Eröffnung des Kommunallandtages.

Se. Excellenz, der Herr Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Dr. h. c. Schwander, eröffnete am Montag, den 8. April 1929, nachmittags 4 Uhr 15 Minuten den 58. Kommunallandtag des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel mit folgenden Worten:

Namens der Preußischen Staatsregierung begrüße ich Sie bei Ihrem Zusammentritt zu dem diesjährigen, den 58. Kommunallandtag des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel.

Eine Beratung über öffentliche Verwaltung kann heute im weiten Deutschland nicht stattfinden und wird auf viele Jahre nicht stattfinden können, ohne daß äußere Not und Bedrängnis das Hauptwort führen, auch kann ohne, daß Beschlüsse gefaßt werden, die wohl unter dem Drucke eines ganz außerordentlichen Zwanges unvermeidbar sind, die aber dennoch eine weitere Vermehrung der Lasten bedeuten, unter denen die Bevölkerung so schon leidet in bereits ungewöhnlichem Maße.

Auch der vorliegende Haushaltsentwurf Ihres Bezirksverbandes sieht eine Steigerung der Steuern vor, eine Höherbelastung der Kreise und Städte und wird deshalb angefochten. Man sieht in der steuerlichen Mehrbelastung, wie sie Ihr vorliegender Haushaltsentwurf fordert, ein weiteres Hemmungsmoment, für den in der Tat schon höchst schwierigen Wirtschaftsgang.

Auch die Staatsregierung richtet ihr Augenmerk sehr stark auf diesen Punkt. Ein gemeinsamer Erlaß des Innenministers und Finanzministers erklärt es für notwendig, daß die Gemeinden in ihrem Haushaltsplan auf stärkere Anspannung der Realsteuern verzichten und überhaupt eine weitere Belastung der Wirtschaft vermeiden. Es soll im Gegenteil auf Senkung der Realsteuern hingewirkt werden, auf Haushaltsausgleich durch rücksichtsloses Abstellen der nicht unbedingt notwendigen Aufgaben und Ausgaben, zumal da jetzt das Reich einen größeren Teil der Ueberweisungssteuer für sich fordert.

Der Erlaß wird allgemein sehr begrüßt. Er entspricht ja auch sehr dem Bilde unserer Wirtschaftslage, das zwischen tiefem Schatten nur wenig tröstliche Lichtpunkte zeigt. Die Arbeitslosigkeit erhebt sich in bedrohlicher Kurve; das Auslandsgeschäft kann bei dem sehr starken fremden Wettbewerb nicht so wachsen, daß der rationalisierte Produktionsapparat voll zur Geltung kommt. Die Kaufkraft des Binnenmarktes ist gering, desgleichen die Kapitalbildung; die Zinsbelastung hoch; Landwirtschaft liegt in schwerstem Existenzkampf. — Immer deutlicher zeigt sich, wie die Reparationslasten als ein Albdruck auf unserer Wirtschaft lasten, die ohnehin so starke Einbußen erlitten hat durch den Verlust wichtigster Rohstoffländer und die schwere Schädigung wichtigster Wirtschaftsgebiete durch die andauernde fremde Besetzung, und Hemmungen aller Art.

Es ist ein trübes Bild. Die nun in Bewegung gesetzte Neuregelung der Reparationen, von der wir wenigstens Klärung der Hauptfragen erwarten, wird sie wohl das Staats- und Volksleben in Deutschland in den nächst kommenden Zeiten erleichtern? Das ist zum Mindesten noch eine offene Frage.

Ich will, wie Sie sehen, nicht mit zweifelhaften Zukunftsaussichten die Mißlichkeit der gegenwärtigen Lage abmildern. Aber einerseits mag die Lage mißlich sein wie immer, wir müssen uns ihr ja doch anpassen, müssen ihr begegnen mit Allem, was in uns tüchtig und lebensfähig und lebenswillig ist. Andererseits können wir rückblickend immerhin sagen: wir haben unter Prognosen, die verzweifelt schienen, recht Beträchtliches erreicht. Wir dürfen der deutschen Tüchtigkeit, die sich in Stufenfolgen der Generationen entwickelt hat, die sich bedeutend gezeigt hat vor dem Kriege, erstaunlicher noch nach dem Kriege, wir dürfen ihr vertrauen. Das trübe Bild der Gegenwart darf uns nicht in unfruchtbaren Pessimismus treiben. Leider ist das eine der Eigentümlichkeiten der öffentlichen Meinung in Deutschland; man sieht im Lichte guter Konjunktur nur das Gute, bei schlechter Konjunktur nur das Böse.

Ich will aber diese ins Allgemeine gehende Betrachtung verlassen und mich dem zunächst Vorliegenden wieder zuwenden.

Jener Erlaß, von dem ich sprach, wurde, wie gesagt, von der Allgemeinheit sehr begrüßt, weniger gern von den Gemeindeverwaltungen. Sie werden aber danach handeln, fordern aber ihrerseits mit Recht, daß man Sparsamkeit nicht nur von ihnen verlange, sondern auch von den übergeordneten Verbänden. Auch diese sollen ihren Etat auf das Notwendigste beschränken. Diese Forderung richtet sich aber im Augenblick in erster Linie an den Bezirksverband.

M. H. Ihre Haupttätigkeit kommt jetzt darauf hinaus, auf das Peinlichste abzuwägen, wie die Erhaltung und Verbesserung der kommunalständischen Anstalten, die Erhaltung und Verbesserung der Straßen und anderer Verkehrsanlagen, die Fürsorge für die Landeskultur, für die Landes- und Volkswohlfahrt und für Kunst und Wissenschaft sich vereinigen läßt mit einer möglichst niedrigen steuerlichen Belastung der Angehörigen des Bezirksverbandes. Und diese Frage, die an sich zu den selbstverständlichen und notwendigsten aber auch schwierigsten Fragen der Selbstverwaltung gehört, die aber jetzt in Provinzen, Kreisen, Städten und Landgemeinden immer brennender geworden ist, je schwieriger die Steuern von den Steuerpflichtigen ertragen werden können. Diese Frage gipfelt letzten Endes in der weiteren Frage:

Kann der Bezirksverband für all die ihm gesetzlich auferlegten oder sonstwie zufallenden Aufgaben sorgen, ohne die bisherige Umlage zu erhöhen?

und bei deren Verneinung

Darf der Bezirksverband, um seinen Aufgaben gerecht zu werden in weiteren Anleihen die Mittel dazu suchen?

Wer bei den Beratungen des Landesausschusses miterlebt hat, wie im Haushaltsentwurf Zahl um Zahl geprüft worden ist, der wird gerne anerkennen, daß auf äußerste Sparsamkeit geachtet wurde und man bestrebt gewesen ist, die Bezirkssteuern auf das denkbar geringste Maß zu beschränken. Es gibt aber Ausgaben und Ausgaben, die ohne Schädigung des Landes und seiner Bewohner nicht mehr länger hinausgeschoben werden können.

Sie wissen alle, daß der Zustand der Landstraßen im Regierungsbezirk noch sehr im Argen liegt, trotzdem Sie in den vergangenen drei Jahren ganz erhebliche Geldmittel dafür bewilligt haben und trotzdem diese Mittel auf das Beste verwendet sind. Aehnliches gilt von den Landeskrankenhäusern und den Heil- und Pflegeanstalten, nur mit dem Unterschied, daß die notwendigen Instandsetzungsarbeiten hier schon viel weiter fortgeschritten sind.

Ich habe deshalb den Antrag des Landesausschusses für richtig gehalten. Denn wenn im Allgemeinen zur Finanzwirtschaft des Bezirksverbandes etwas zu erinnern wäre, so wäre es das: Der Bezirksverband hat während der letzten Jahre, da er glaubte, eine starke Besserung in unserer Wirtschaft, besonders in der Landwirtschaft erwarten und abwarten zu dürfen, die Bezirkssteuern nicht dem wirklichen Bedarf entsprechend erhoben, sondern auf Anleihen zurückgegriffen. Es lagen gewiß beachtliche Gründe für dieses Verfahren vor, die niemand verkennen wird. Aber seine Folgen sind für den Haushalt unerfreulich. Die aus den Anleihen hervorgehende Belastung hat sich in einem außerordentlich schnellen Tempo entwickelt und die 2,8 Millionen Zins- und Abtragsverpflichtungen verbrauchen jetzt schon wieder — das betone ich ganz besonders — rund ¾ des Aufkommens der Bezirkssteuern. Ein solches Verfahren kann nicht lange fortgesetzt werden und läßt die Befürchtung durchscheinen, daß auf einmal Steuererhöhungen in unerträglichem Maße nötig werden könnten, damit der Bezirksverband seine Verwaltungstätigkeit fortsetzen kann.

Sie müssen nun schon, die nötigen Aufgaben zu erfüllen ohne daß übermäßiger Steuerdruck oder ungesunde Finanzpolitik dafür als Grundlage dienen.

M. H. Im Laufe des letzten Jahres sind in dem Bestande des Bezirksverbandes wesentliche Aenderungen vor sich gegangen. Verlor der Bezirk am 1. April 1928 die große und blühende steuerkräftige Ortschaft Fechenheim an die Stadt Frankfurt und damit an den Bezirk Wiesbaden, so gewann er am 1. April 1929 das schöne Land Waldeck, das aus freier Entschließung seine 800jährige Selbständigkeit aufgab und sich in Preußen und in die Provinz Hessen-Nassau eingliederte. Ich begrüße auch an dieser Stelle die Bewohner des Landes Waldeck auf das Herzlichste und wünsche, daß sie sich als Angehörige des Hessenlandes, wo sie gern und freudig aufgenommen wurden, wohl fühlen möchten.

Der Entschluß der Waldecker wurde vielgepriesen als der erste Schritt auf dem Wege zur sogenannten „Flurbereinigung" der deutschen Landkarte. Zahlreich sind die Pläne, um eine Vereinfachung der Verwaltung zu erreichen, und mitten in dem Gebiet, das mit in erster Linie von einer Aenderung getroffen werden kann, steht das Hessenland. Diese Erkenntnis hat der Bezirksverwaltung Anlaß zur Ueberlegung gegeben wie bei Zeiten für die Erhaltung der selbständigen Stellung des Heimatbezirks gegenüber den Bestrebungen auf Ausdehnung der Nachbarländer und -Bezirke gesorgt werden könnte. Der Hesse liebt seine Heimat die ihm im Schmucke ragender Berge und rauschender Wälder am silbernen Bande der Flüsse und Bäche seit mehr als einem Jahrtausend der Quell all seiner wirtschaftlichen und seelischen Arbeiten und Freuden ist. Er hat den Wunsch, sich so einzurichten, daß sie in neu zu gliedernden Bau des Reiches gleichberechtigt neben den anderen Ländern und Stämmen weiter bestehen kann. Das ist ein Wunsch, den auch ich gern fördern möchte.

Ob er sich in Wirklichkeit erfüllen läßt, das muß die Zeit lehren.

Die vielberufene große Verwaltungsreform, die gewiß einmal kommen wird, weil sie kommen muß, wird an den Grenzen seines jetzigen Territoriums nicht eben innehalten und vielleicht hessische Kreise anderen Verwaltungsgebieten zuweisen, mit denen sie territorial näheren Zusammenhang haben. Auch der Süden des Regierungsbezirks Kassel ist — wie wir wieder in der Vollversammlung der Handwerkskammer hören konnten — anderem Zusammenschluß geneigt, — man muß da mit Verlusten rechnen. Wir können allerdings auch mit vernünftigen Vergrößerungen seines Gebiets rechnen und ich wünsche, daß Sie hierzu gute Wege finden.

In der Hoffnung, daß Ihre Entschlüsse dem Bezirksverbande zum Segen dienen werden, erkläre ich den 58. Kommunallandtag für eröffnet.

*

Landespräsident Dr. **Schroeder** übernahm als Alterspräsident den Vorsitz. Unter seiner Amtsleitung wurde Rittergutsbesitzer Landrat a. D. **von Keudell**-Eschwege zum Präsidenten und Oberbürgermeister Dr. **Antoni**-Fulda, Mitglied des Preußischen Staatsrats zum Vize-Präsidenten gewählt, worauf Präsident von **Keudell**-Eschwege das Amt mit dem Hinweis übernahm, daß der Kommunal-Landtag noch niemals vor ähnlich schweren Aufgaben als diesmal gestanden habe. Aus dem dem Landtage vorgelegten Hauptvoranschlage habe bereits der Landeshauptmann **von Gehren**, den herzlichst begrüßte und zu seiner vollen Wiedergenesung beglückwünschte, eine volle Million an Ausgaben gestrichen, eine weitere Million habe noch der Landesausschuß nach harten Kämpfen gestrichen und immer noch seien volle 5 Proz. Bezirkssteuererhöhung erforderlich, um die Ausgaben mit den Einnahmen in Uebereinstimmung zu bringen. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß dies dem Kommunal-Landtage gelingen möge. Dann wurden zahlreiche Wahlen vorgenommen, die 35 Vorlagen und die sehr zahlreichen Eingaben und Petitionen den einzelnen Ausschüssen zur Beratung überwiesen.

Der Hauptausschuß unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Antoni-Fulda, der die größte Arbeit zur Vorbereitung der Vorlagen an den Kommunal-Landtag zu leisten hat, wird am Dienstag und Mittwoch zu Beratungen zusammentreten, worauf auch Zwischensitzungen der übrigen Ausschüsse abgehalten werden. Die nächste öffentliche Hauptverhandlung des Kommunal-Landtages wurde auf Mittwoch 16 Uhr festgesetzt.

Erste Sitzung des Hauptausschusses des Kommunallandtages des Bezirksverbandes für den Regierungsbezirk Kassel.

Der Hauptausschuß des Kommunallandtages für Hessen-Kassel begann am Dienstag, den 9. April, vormittags um 9 Uhr unter dem Vorsitz seines stellvertretenden Vorsitzenden, des Herrn Präsidenten Thöne, mit der Beratung der Voranschläge des Bezirksverbandes für den Regierungsbezirk Kassel.

Der Hauptausschuß beschloß, um die Oeffentlichkeit dauernd über das Ergebnis der Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten, Berichte über das Ergebnis seiner Verhandlungen herauszugeben.

Die Verwaltung gab demnächst an der Hand von graphischen Darstellungen einen Ueberblick über die Gesamtentwicklung des Etats gegenüber den Vorjahren. Sie wies vor allem darauf hin, daß ein Vergleich der Voranschlagsgestaltung des Bezirksverbandes natürlich nur mit dem Verfahren bei gleichartigen Kommunalverbänden möglich ist. Selbstverständlich müssen die Voranschläge der Kommunen und andersartigen Kommunalverbände sehr wesentliche Abweichungen von den Voranschlägen der Provinzial- und Bezirksverbände zeigen. Das Entscheidende für eine Kritik ist natürlich in erster Linie der Teil der Ausgaben, der nicht durch eigene Einnahmen des betreffenden Arbeitsgebietes gedeckt wird, also die Höhe der Zuschüsse. Wenn z. B. der Gesamtwohlfahrtsetat, der zusammen mit dem Verkehrsetat 90,2[illegible] Prozent der Gesamtausgaben ausmacht, für 1929 eine Summe von 17 595 930 RM. in Ausgabe zeigt, so beträgt doch der Zuschuß nur 3 098 445 RM. Andererseits muß bei der Nachprüfung der Gesamtausgabensteigerung natürlich berücksichtigt werden, daß nur dadurch eine genaue Feststellung der Kosten der einzelnen Verwaltungszweige möglich ist, wenn eine Reihe von Erstattungen zwischen den einzelnen Etats und dem Gesamtetat vorgenommen werden. So kommt es, daß die wirklichen Ausgaben des gesamten ordentlichen Etats nicht die Summe von 32,4 Millionen RM., sondern nur die Summe von 25,6 Millionen RM. ausmacht. Infolgedessen beträgt die Steigerung gegenüber dem Vorjahre nicht 5¼ Millionen RM., sondern 3 292 258 RM. Darunter befinden sich zum erstenmal 500 000 RM. Zuschüsse des Reichs oder Staates zu besonderen Ausgabengebieten des Bezirksverbandes (Meliorationsfonds und Zusatzrenten), die im Vorjahre nicht erschienen und hier natürlich die Ausgabe entsprechend erhöhen, ohne doch den Bezirksverband zu belasten.

Man muß immer wieder bedenken, daß dem Bezirksverband eine Reihe von Aufgaben gesetzlich übertragen ist, die andere Provinzialverbände nicht haben und deren Kosten dort von Stadt- und Landkreisen getragen werden müssen, sodaß es sich hier nur um eine allerdings zweckmäßige Uebertragung von Aufgaben handelt, die sonst die Kreise direkt tragen müssen, an denen sie aber hier nur in Form der Bezirkssteuer teilnehmen.

Neben den allgemein bekannten Sonderausgaben für Landeskrankenhäuser und für die Personalgestellung des Straßenbaues der Kreise kommen hier unter anderem auch noch Landesbibliotheken etc. in Frage. Eine Aufgabe, die nur noch von zwei anderen Provinzialverbänden erfüllt wird, und die natürlich den Etat für Kunst und Wissenschaft entsprechend belastet. Zieht man die Sonderaufgaben ab, so hält sich der neue, jetzt vorgeschlagene Bezirkssteuersatz wesentlich unter den Prozentsätzen, die in anderen Provinzen z. B. in Hannover gemacht würden.

Selbstverständlich kann man so abnorm günstige Verhältnisse, wie sie in der Rheinprovinz, Westfalen und Nassau an sich dazu noch infolge des Voraus an der Kraftfahrzeugsteuer, entstanden sind, nicht zugrunde legen.

Eine eingehende Generaldebatte beschäftigte sich vor allem mit der Frage der Bezirkssteuererhöhung.

Man war sich in allen Parteien darüber einig, daß ebenso wie in den Vorjahren auch in diesem Notjahr die größte Sparsamkeit obwalten müsse.

Man konnte sich aber noch nicht über die grundsätzliche Frage der Steuererhöhung einigen, behielt sich die endgültige Stellungnahme vor und trat dann in die Beratung der Sondervoranschläge ein.

Aus dem Gebiete des **„Verkehrswesen"** wurde zunächst nur der Voranschlag des **Kleinbahnfonds** (Berichterstatter Abgeordneter Rang) verhandelt. Man war der Auffassung, daß die Verhandlungen über den Kleinbahnneubau Birstein—Hartmannshain voraussichtlich wohl doch noch längere Zeit in Anspruch nehmen würden, sodaß der für die Beteiligung des Bezirksverbandes vorgesehene Anleihedienst von 29 200 RM. in diesem Jahre noch nicht berücksichtigt zu werden brauchte. Infolgedessen setzte man den Ausgabebetrag auf 40 800 RM., den Zuschußbetrag auf 12 800 RM. fest.

Aus dem Gebiete der **„Landeskultur"** wurde der Voranschlag des **Meliorationsfonds** (Berichterstatter Abgeordneter von Stockhausen) erörtert. Er wurde entsprechend den Vorschlägen des Landesausschusses angenommen und damit genehmigt, daß auch die freiwilligen Zuschüsse von Umlegungs- und Wasserleitungsdarlehen in dem im Voranschlag genannten Umfang weitergegeben werden sollten.

Ebenso fand aus dem Gebiet der **„Wirtschaftsfürsorge"** der Voranschlag der **Witwen- und Waisenversorgungsanstalt** (Berichterstatter Abgeordneter Heck) Zustimmung.

Aus dem großen Arbeitsgebiet der **„Volkswohlfahrt"** beschäftigte man sich zunächst mit dem Voranschlag der **Landestaubstummenanstalt in Homberg** (Berichterstatter Abgeordneter Heck) und dem Voranschlag des **Landesfürsorgeverbandes** (Berichterstatter Abgeordnete **Pappenheim** und Schmidt).

Beide Voranschläge fanden die Genehmigung des Ausschusses. Bei der Landestaubstummenanstalt in Homberg erörterte man vor allem die Frage der Erstattungen der Pflegekosten durch die Bezirksfürsorgeverbände.

Die Ausbildung gerade dieser nicht vollsinnigen Kinder in Spiel und Sport, im orthopädischen Turnen und die Betreuung der Sprachgestörten wurde eingehend behandelt. Beim **Landesfürsorgeverband** tritt

vor allem die starke Belastung des Bezirksverbandes als Landesfürsorgeverband für Landeshilfsbedürftige und für die Anstaltsunterbringung von Geistesschwachen und Geisteskranken in Erscheinung. Man regte an, daß die besondere Aufmerksamkeit der Bekämpfung der Trunksucht gewidmet werden müsse, da dadurch auf die Dauer eine wesentliche Entlastung der Fürsorgeverbände in der Fürsorge für Geisteskranke und Geistesschwache zu erwarten wäre.

Die Verknüpfung der Fürsorgemaßnahmen der einzelnen an der Fürsorge beteiligten Verbände und privaten Organisationen, insbesondere aber auch der Ausbau der „**Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege**“ wurde behandelt. Ein Antrag, in diesem Jahr von einer Ausdehnung der Arbeitsgemeinschaft auch auf die kreisfreien Städte abzusehen und die dadurch erforderlichen Mittel abzusetzen, wurde abgelehnt.

Die Darstellung der Verhältnisse in den einzelnen Kinderheimen des Bezirksverbandes (Schocketal, Gelenbach und Reinhardshausen) wurde gegeben und Anregungen auf Fortbildung des Personals, insbesondere auch Berücksichtigung des orthopädischen Turnens erörtert.

Die Verhältnisse in der **Landesarbeitsanstalt und Landesfürsorgeheim Breitenau** (Berichterstatter Abgeordneter Pappenheim), die besonders durch die Ungewißheit über das Schicksal des Bewahrungsgesetzes und die Entwicklung des Korrigendenwesens im neuen Strafrecht äußerst unsicher sind, wurden eingehend erörtert, der Voranschlag genehmigt.

Sodann ging man zu der Beratung der Voranschläge über, die den Hauptvoranschlag und damit die Gestaltung der Bezirkssteuern nicht direkt berühren.

Die Voranschläge der **Hessischen Brandversicherungsanstalt** einschließlich der **Mobiliarabteilung der Hessischen Brandversicherungsanstalt** (Berichterstatter Abgeordneter Fenner) wurde zusammen mit dem Bericht über den Geschäftsbetrieb der Hessischen Brandversicherungsanstalt und der Vorlage des Landesausschusses „über die Berücksichtigung der Abnutzung bei der Feuerversicherung der Hessischen Brandversicherungsanstalt“ genehmigt. Der Voranschlag der Hessischen Brandversicherungsanstalt schließt mit 3 360 000.— RM. in Einnahme und Ausgabe, derjenige der Mobiliarabteilung mit 517 000.— RM. ab. Verschiedene durch die Zeitverhältnisse bedingten Probleme der Feuerversicherung wurden eingehend erörtert.

Die höheren Anforderungen in diesem Jahr sind bedingt durch die erhebliche Steigerung der Brände, die auch weitgehende Bekämpfungsmaßnahmen erfordern. Besonders wurde hingewiesen, auf die sehr erheblichen Unterstützungen von vorbeugenden Maßnahmen, die aus Mitteln der Hessischen Brandversicherungsanstalt für Wasserleitungen und sonstige Einrichtungen der Feuerbekämpfung gewährt wurden.

Die Voranschläge der **Sterbekasse, der Ruhegehaltskasse, der Witwen- und Waisenkasse für die Kommunalbeamten des Regierungsbezirks Kassel** (Berichterstatter Abgeordneter Heck), also von Einrichtungen, die dem Ausgleich der Risiken für die beteiligten Kommunen und privaten Organisationen dienen, wurden genehmigt. Diese Voranschläge schließen mit 30 000.— RM., 1 117 000.— RM. und 453 000.— RM. in Einnahme und Ausgabe ab. Die Satzung der Sterbekasse für die Kommunalbeamten soll dahin abgeändert werden, daß nicht nur die Beamten des Provinzialverbandes, der Landesversicherungsanstalt, der Kreise, Stadt- und Landgemeinden sowie die Lehrer beitreten können, sondern unter gewissen Voraussetzungen auch Beamten anderer gemeinnütziger Körperschaften eine Beitrittsmöglichkeit eingeräumt wird. Man denkt hier vor allem an die Beamten der Kirchengemeinden, der Ortskrankenkassen, der Handels- und Handwerks- und Landwirtschaftskammern und gemeinnützigen Körperschaften des Privatrechts. Beim Voranschlag des **Viehseuchenfonds** (Berichterstatter Abgeordneter Hartwig), der an sich auch die Zustimmung des Hauptausschusses fand, wurden die Fragen der Kadaververnichtung und die augenblicklich im allgemeinen Interesse so wesentlichen Fragen etwaiger zukünftiger Hilfsmaßnahmen auf diesem Gebiet erörtert.

Auch der Voranschlag der **Landesrentereiverwaltung** fand die Zustimmung des Hauptausschusses. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 396 500.— RM. ab. Der Hauptausschuß nahm den Bericht des Landesausschusses über die Prüfung der Frage der Zweckmäßigkeit der Rentereiverwaltung entgegen und war damit einverstanden, daß im Augenblick von Aenderungen auf diesem Gebiet abgesehen wird, daß aber dauernd die Frage im Auge zu behalten ist, wie weit etwa je nach Lage der Dinge im einen oder anderen Falle Versuche mit einer anderweitigen Regelung dieses Verwaltungszweiges zu machen sind, wenn damit auf die Dauer wesentliche Vorteile für den Bezirksverband zu erwarten sind.

Gelegentlich der Vorlage auf Aufnahme eines Darlehns bei der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen für das Herz-Jesu-Heim in Fulda und bei dem Preußischen Staat für das Herz-Jesu-Heim und das St. Antoniusheim in Fulda wurde die Frage der Stellung des Bezirksverbandes zu den von ihm unterstützten privaten Wohlfahrtsorganisationen und Anstalten eingehend erörtert, jedoch beschlossen, von der Aufstellung von weitergehenden Bedingungen bei der Hingabe von Darlehen oder Unterstützungen abzusehen.

Die Verwaltungsmaßnahmen, die der Landesausschuß bei den Verhandungen über die **Angliederung Waldecks** an Hessen getroffen hat und die insbesondere in der im Anschlußvertrag vorgesehenen Gewährung von gewissen Zusicherungen an Waldeck gipfeln und zur Errichtung des Landesbauamts und der Landeskommunalkasse in Arolsen, sowie der Uebernahme der Kinderheilanstalt Reinhardshausen und zum Eintritt in die Rechte des Waldeck'schen Staates in die Stiftung Landkrankenhaus in Arolsen führten, fanden die Zustimmung des Hauptausschusses.

Der Voranschlag der Verwaltungskosten der Landeskreditkasse, der mit 958 300.— RM. abschließt, wurde nach eingehenden Besprechungen der Organisationsveränderungen bei der Landeskreditkasse, die vor allem durch die Uebernahme der Geschäfte der Girozentrale bedingt waren, erörtert.

Vor allem wurde die Entwicklung des Hypotheken- und Gemeindedarlehnsgeschäftes an der Hand des Geschäftsberichtes der Landeskreditkasse besprochen und dabei auf die Schwierigkeiten, die durch die Organisation der landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen bedingt sind, hingewiesen.

Aus dem Bericht über die Aufwertung der alten Landeskreditkassen-Obligationen wurde mit Interesse festgestellt, daß der Prozentsatz der Aufwertung der Obligationen der Landeskreditkasse weit über dem der Schwesteranstalten (Landeskreditanstalt in Hannover und Nassauische Landesbank in Wiesbaden) liegt, trotzdem auch hier der Gegenwert der Obligationen nicht nur in Hypotheken, sondern in infolge der reichsgesetzlichen Vorschriften nur ungünstig aufwertbaren Gemeindedarlehen angelegt ist.

Dabei wurde erneut darauf hingewiesen, daß jetzt eine Trennung der Schuldverschreibungen der Landeskreditkasse in Goldpfandbriefe, deren Gegenwert allein Goldhypotheken, und Goldkommunalobligationen, deren Gegenwert Gemeindedarlehen darstellen, eingeführt ist.

Die Beschlußfassung über die Festsetzung der Bilanz der Landeskreditkasse wurde noch ausgesetzt.

Am Mittwoch, den 10. April, nachmittags 4,15 Uhr beginnt der Kommunallandtag die erste Lesung des Hauptvoranschlages des Bezirksverbandes für das Rechnungsjahr 1929. Der Herr Landeshauptmann von Gehren führte aus:

„Meine Herren! Der Hauptvoranschlag des Bezirksverbandes ist Ihnen zugegangen, und ich darf wohl zu den sehr eingehenden Vorbemerkungen sowohl zu dem ordentlichen wie auch zu dem außerordentlichen Voranschlag noch einige Zusätze machen. Zuvor aber möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in dem vorliegenden Hauptvoranschlag zum ersten Male die Belange des ehemaligen Landes Waldeck Berücksichtigung gefunden haben. Es ist auch der Verwaltung ein Bedürfnis, an dieser Stelle den Eintritt des Landes Waldeck in die Selbstverwaltung des Bezirksverbandes willkommen zu heißen und es auszusprechen, daß sie jederzeit bestrebt sein wird, nach ihren Kräften die Wohlfahrt der Bewohner des schönen, mit dem stammverwandten Hessenlande nunmehr verbundenen Landes zu fördern. Die Zahlen des Hauptvoranschlages in seinen Einnahme- und Ausgabetiteln spiegeln die Not wieder, in der sich unser Bezirk und seine Bewohner befinden. Es ist keine Frage, daß die Lage der erwerbstätigen Bevölkerung, insbesondere auch der landwirtschaftlichen, geradezu trostlos ist und daß jede Steuererhöhung hart empfunden werden muß. Der Landesausschuß und die Verwaltung waren deshalb bei der Aufstellung des Voranschlages bestrebt, die größte Sparsamkeit walten zu lassen und alle nicht unbedingt notwendigen Mehrausgaben zurückzustellen. Wenn es trotzdem nicht gelungen ist, die Bezirkssteuer auf der vorjährigen Höhe zu erhalten, sondern es sich nicht hat vermeiden lassen, eine Erhöhung derselben in Vorschlag zu bringen, so waren die Verhältnisse stärker, als der gute Wille der Verwaltung. Ich darf darauf hinweisen, daß allein der Anleihedienst um rund 1 272 863 RM. gestiegen ist, wovon auf die Straßenbauverwaltung 848 Mill. entfallen. Von der Festsetzung des Ausgabenbedarfs der letzteren hängt mehr oder weniger die Gestaltung des Hauptvoranschlages und die Festsetzung der Höhe der Bezirkssteuer ab. Wie es mit unseren Straßen aussieht, meine Herren, ist Ihnen bekannt, sowohl aus den zahllosen Pressebeschwerden, als auch aus der Denkschrift der Landstraßenbauverwaltung und aus eigener Anschauung. Infolge der starken Zunahme des Automobilverkehrs und der abnorm warmen Witterung im vergangenen Sommer, ist ein großer Teil der Straßen in geradezu ruinösen Zustand geraten, für Kraftwagen — sowohl wie auch für den tierischen Verkehr fast unpassierbar. Die Mißstände liegen so offen zutage, daß sich bereits die Wegepolizeibehörde, der Regierungspräsident, mit ihnen beschäftigt und seine ernsten Bedenken vom polizeilichen Gesichtspunkte aus mitteilte. Eine ausreichende Dotierung, insbesondere des ordentlichen Straßenunterhaltungsetats, erschien umso notwendiger, als derselbe in den letzten Jahren im Verhältnis zum außerordentlichen Etat zu kurz gekommen war. Die ursprüngliche Absicht, den ordentlichen Etat in ähnlicher Weise auszustatten, wie dies die Nachbarprovinzen getan haben, mußte aber als finanziell untragbar fallen gelassen werden. Dazu kam noch erschwerend die Vergrößerung des Straßennetzes um mehr als 400 Klm. durch den Zugang der waldeckschen Landstraßen und der von den Kreisen übernommenen. Man entschloß sich schließlich, um wenigstens gegenüber dem Vorjahre keine Verschlechterung des ordentlichen Etats eintreten zu lassen, für den Klm. 1140 RM. gegenüber dem vorjährigen Ansatz von 1129 RM. einzustellen. Das ergab entsprechend der oben erwähnten Vergrößerung des Wegenetzes einen Etatsansatz von 2 190 000 RM. gegenüber dem vorjährigen Ansatz von 1 665 000 RM.

Meine Herren! Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer konnten zwar um 725 000 RM. höher eingestellt werden. Sie genügen aber bei weitem nicht um den Mehrbedarf zu decken. Ich darf immer wieder, wie auch in früheren Jahren, darauf hinweisen, daß die Sonderzuweisung aus der Kraftfahrzeugsteuer an die besetzten Gebiete eine Härte für die übrigen Provinzen bedeutet, zumal die Provinz Westfalen seit Jahren nicht mehr besetzt ist. Unsere Bemühungen bei den Zentralstellen in Berlin, eine stärkere Berücksichtigung bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer zu erhalten, haben lediglich den Erfolg gebracht, daß uns mitgeteilt wurde, daß bei der Regelung des Finanzausgleichs im nächsten Jahre die Sonderüberweisungen an die besetzten Gebiete fallen und wir durch den neuen Schlüssel eine entsprechende Erhöhung unserer Kraftfahrzeugsteuer erhalten sollen. Unsere Bemühungen wegen Erhöhung der Dotationen wurde abschlägig beschieden. Meine Herren! Nach Abschluß des Hauptvoranschlages durch den Landesausschuß traten noch verschiedene Umstände ein, die ihn nicht unwesentlich beeinflussen. Zunächst stellte sich heraus, daß die im Voranschlag bereits berücksichtigte Erhöhung der Verpflegungssätze in den Landeskrankenhäusern nur zum Teil durchführbar war, sodaß ein noch nicht gedecktes Defizit von etwa 80 000 RM. verbleibt. Dann sind inzwischen der Vorschlag der Reichsregierung, die Steuerüberweisungen an die Länder um 12 000 000 RM. zu kürzen, und die Vorlage der Preußischen Staatsregierung, betreffend die Erhöhung der Dotationen der Provinz Ostpreußen auf Kosten der übrigen Provinzen auf dem Plan erschienen. Wir berechnen den Ausfall, den wir hierdurch erleiden auf 19 000 RM. Die Deckung dieses Gesamtdefizits von 190 + 80 = 270 000 RM. wird durch entsprechende Abstriche an einzelnen Ausgabetiteln, die im Hauptausschuß näher bezeichnet werden sollen, herbeigeführt werden, soweit sie nicht durch eine inzwischen erfreulicherweise eingetretene Einnahme, eine Ueberweisung aus dem Ueberschuß der Landeskreditkasse, gedeckt werden kann. Meine Herren, es erhebt sich die Frage, ob die im Hauptvoranschlag vorgesehene Erhöhung der Bezirkssteuer um rund 978 000 RM. = etwa 5 Prozent tragbar ist, oder ob die wirtschaftliche Lage der Bewohner des Bezirks zwingend erheischt, eine Ermäßigung derselben eintreten zu lassen. Ein Aufsatz des Kasseler Tageblattes vom 7. d. M. weist auf den seiner Meinung nach besonders stark angeschwollenen Wohlfahrtsetat von 17½ Millionen RM. hin. Da diese Ausgabesumme einer Einnahme in Höhe von 14½ Millionen RM. gegenübersteht, so handelt es sich in Wirklichkeit um eine Ausgabesumme von etwa 3 000 000 RM., von der 3 Landesheilanstalten, 7 Landeskrankenhäuser, ein Korrektionsanstalt, mehrere Jugendheime und Fürsorgeerziehungsanstalten, viele Tausende von Hilfsbedürftigen, Geisteskranken, Geistesschwachen, Epileptischen, Blinden, Taubstummen, Krüppeln pp. unterhalten werden müssen. Die Steigerung dieses Titels gegenüber dem Vorjahre beläuft sich auf etwa 278 000 RM. Sie ist begründet durch die Zunahme der Hilfsbedürftigen und die Erhöhung der Verpflegungssätze. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, an diesem Titel einen nennenswerten Abstrich zu machen. In ähnlicher Weise verhält es sich mit dem Titel Landeskultur und Volkswirtschaft. Die Ausgaben sind hier zum Teil freiwillig. Aber auch hier werden größere Abstriche kaum gemacht werden können. Bleibt außer dem Titel Verkehrswesen nur noch der Titel Kunst und Wissenschaft übrig. Geringe Ersparnisse können vielleicht hier noch gemacht werden, die aber nicht zu Buche schlagen. Sehen wir uns schließlich den Ausgabenetat der Landstraßen- und Landwegebauverwaltung an, so sind hier die Ausgaben entgegen den durchaus begründeten Forderungen der Bauverwaltung schon stark reduziert worden. Ob es rätlich sein wird, im Interesse der Senkung der Steuern eine weitere Reduktion eintreten zu lassen, muß der Prüfung und Entscheidung des Kommunallandtages anheim gestellt werden.

Der Landesausschuß wie die von ihm gewählte Kommission haben sich sehr eingehend mit den Zahlen des Landstraßenbauetats beschäftigt und jede Zahl nachgeprüft. Also die Frage der Kürzung des Straßenbauetats ist eine sehr heikle und auch vom Standpunkt der Verwaltung aus kann natürlich in keiner Weise dafür eingetreten werden. Meine Herren, denken Sie nur mal an, wenn man jetzt sagen würde, wir wollen die Straßen verfallen lassen, und das wird der Fall sein, wenn Sie den vorliegenden Voranschlag stärker kürzen, dann wird der Regierungspräsident kommen und die Wegebaupolizeibehörden die Landräte anweisen, die Straßen zu sperren. Meine Herren, das ist ein gefährliches Experiment, der eine sagt, man mag es tun, ich habe nicht den Mut dazu. (Sehr richtig.) Denn der Verkehr, die Straßen sind die Adern, die dem ganzen Körper, dem Bezirk, das Blut zuführen. Wenn Sie die Straßen sperren, daß die Leute nicht mehr zueinander kommen, dann wird das Mißstände geben, die zu großen Beschwerden Veranlassung geben würden, und es wird uns auch nicht viel nützen, denn, meine Herren, schließlich hat die Staatl. Aufsichtsbehörde die Verpflichtung, auch dafür zu sorgen, daß die Sperrung wieder aufgehoben werden wird, daß die Straßen wieder hergestellt werden, und sie wird also genötigt sein, die Herstellung zu verfügen und wenn nötig, die Zwangsetatisierung vorzunehmen. Nicht erwähnt habe ich, daß auch der ganze Durchgangsverkehr, von dem eine ganze Menge Menschen leben, denken Sie nur an Wirte, Metzger, Bäcker und Kaufleute und die Benzinverkaufsstellen usw., sich dann nach einer ganz anderen Richtung bewegen wird, und wenn er aus der Provinz heraus ist, dann kommt er auch so schnell nicht wieder herein. Also meine Herren, das ist alles sehr zu bedenken, und ich möchte Ihnen bei der Abwägung der Frage, ob sie die Steuern ganz oder teilweise bewilligen wollen, dieses Moment ernstlich zur Prüfung entgegenhalten, damit wir nicht in die geschilderte Lage hineinkommen.

Meine Herren, ich komme dann mit wenigen Worten zu dem außerordentlichen Etat, der eigentlich nichts neues enthält. Er ist nur eine Fortsetzung der verschiedenen Bauprogramme, die der Kommunallandtag in früheren Jahren grundsätzlich beschlossen hatte. Es sind zwei große Gruppen von Ausgaben: Die Ausgaben für Straßenbau und die für die Ausgestaltung unserer Anstalten. Er ist eine Konsequenz Ihrer früheren Beschlüsse. Wir müssen die Straßen noch weiter ausbauen, sonst gehen sie verloren. Es wird der Einzelprüfung unterliegen, wo gespart werden kann. Ich habe schon im Hauptausschuß darauf hingewiesen, daß wir uns natürlich mal sagen müssen, daß das Anwachsen des außerordentlichen Etats nicht so weiter geht, das hat auch S. Exc. der Herr Oberpräsident ausgeführt. Wir müssen, obwohl wir das von dem Kommunallandtag bewilligte Bauprogramm grundsätzlich beschlossen haben, uns doch sagen, daß wohl mal gestoppt werden muß, denn es geht nicht weiter, wenn wir auch hoffen dürfen, daß der erhöhte Zinsendienst für die Straßenbauverwaltung durch eine erhöhte Kraftfahrzeugsteuer zum Teil gedeckt wird, daß aber für die Verzinsung und Amortisation der anderen Schulden uns kein besonderer Fonds zur Verfügung steht. Wenn wir gesehen haben, daß der Zinsendienst vom vergangenen Jahre um 1 272 000 RM. gestiegen ist, so ist das eine Menetekel, mit dem wir rechnen müssen. Ich schließe meine Ausführungen und bitte Sie — ändern kann ich nichts als Vertreter der Verwaltung — den ordentlichen wie auch den außerordentlichen Etat zu genehmigen.

*

Als erster Fraktionsredner nahm der Vertreter der Hess. Arbeitsgemeinschaft Abg. Studiendirektor Dr. Franz **Becker**-Kassel zum Etat Stellung. Es sei höchste Zeit, daß die Bezirksverwaltung alles aufbiete, um höhere Zuweisungen aus der Kraftverkehrssteuer zu erhalten, sonst gerade sie vollkommen in Schulden, denn schon jetzt sei der Anleihedienst derart unheimlich angeschwollen, daß man sich fragen müsse, ob er überhaupt noch aufrechterhalten werden könne ohne eine Steuererhöhung.

Abg. Präsident **Thöne**-Kassel (SPD.) stimmte dem Landeshauptmann v. Gehren zu, daß eine Ablehnung der Bezirkssteuern in der Tat ganz unübersehbare Folgen für die Bezirksverwaltung Hessen-Kassel haben müßte. Aber es scheine so, daß die Widerstände aus Stadt und Land doch so groß gegen die 5prozentige Steuererhöhung sind, daß es unmöglich sein werde, diese Steuererhöhung hier durchzubringen. Es müsse versucht werden, alles, was nicht unbedingt erforderlich sei, zu streichen.

Abg. Landrat Dr. **Wichens**-Gersfeld (Rhön) gab der Bezirksverwaltung den Gedanken zur Prüfung anheim, ob es nicht zeitgemäß sei, die vielen Anstalten der Bezirksverwaltung, vor allem die Landeskrankenhäuser und ähnliche Einrichtungen, aus der Verwaltung des Bezirksverbandes zu entlassen und sie den einzelnen Städten oder Kreisverwaltungen zu überlassen. Ferner sei ernstlich zu prüfen, ob nicht der Bezirksverband alle Straßen und auch alle Landwege aus der Verwaltung der Gemeinden und der Kreise übernehmen könnte, um geschlossen diese Verwaltung zu organisieren und die Unterhaltung nach ganz einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln. Unter diesen Umständen müßten ihm ganz andere Mittel aus den Mitteln des Aufkommens der Kraftfahrzeugsteuer und der Dotationen der preußischen Staatsregierung zukommen.

Handelsteil.

— Berlin, den 12. April 1929.

Devisenmarkt ging der Dollarkurs etwas

Effektenmarkt war die Stimmung gedrückt, unter den Schlußkursen des Vortages, sich in engsten Grenzen, lediglich einige Interesse. Später setzte sich eine Be- die bis zum Schluß anhielt. Am An- berichte die nachgebende Haltung vor. Der brachte eine stärkere Nachfrage nach Tages- Zinssätzen. Am Privatdiskontmarkt 6½ Prozent unverändert, Reichsbankdis- unverändert.

Industriemarkt war das Angebot von Brol- der Dringlichkeit der Feldarbeiten nicht son- daß die Preise etwas anzogen. Am Mehl- leichte Belebung festzustellen. Hafer hatte Angebot. Mais ruhig. Gerste still.

Devisenmarkt.

4,2115 (Geld), 4,2195 (Brief), engl. Pfund: holl. Gulden: 169,06 169,40, ital. Lira: franz. Franken: 16,45 16,49, Belgien (Belga): schweiz. Franken: 81,08 81,24, dän. Krone: schwed. Krone: 112,41 112,63, norw. Krone: tschech. Krone: 12,463 12,483, österr. Schil- 59,26, span. Peseta: 62,81 62,93.

Warenmarkt.

Börse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: 222—225 (am 11. 4.: 221—224), Roggen 208 (204—207), Braugerste 218—230 (218 bis und Industriegerste 192—202 (192—209), 199—205 (198—204), Mais loko Berlin 215 —217), Weizenmehl 24,75—29,50 (24,75 bis Roggenmehl 26,50—28,75 (26,50—28,75), Weizen- 15,60 (15,25—15,60), Roggenkleie 14,60 bis —14,85), Weizenkleie 15 (15,10 Raps —,— (—,—), Leinsaat —,— (—,—), 43—49 (43—49), Kleine Speiseerbsen 28—34 Futtererbsen 21—25 (21—23), Peluschken 24,50 (26,50—26,75), Ackerbohnen 22—24 (22—24), —30 (28—30), Lupinen blaue 16,50—17,50 gelbe 22—24,50 (22—24,50), Serradella (50—56), Rapskuchen 20,20—20,40 (20,20 Leinkuchen 23,70—24 (23,70—24), Trocken- —14,30 (14—14,30), Sojaschrot 20,80—21,20 Kartoffelflocken 19,80—20,80 (19,80 bis

Schlachtviehmarkt.

Auftrieb: 2880 Rinder (darunter 778 Och- Bullen, 1418 Kühe und Färsen), 2600 Kälber, Ziegen, 11 073 Schweine, 388 Auslands-

Schweine. — Preise für einen Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

	12. 4.	9. 4.
Ochsen:		
1. vollfl., ausgem., höchsten Schlachtwerts jüngere	56—58	57—60
ältere	—	—
2. sonstige vollfleischige, jüngere	51—54	52—55
ältere	—	—
3. fleischige	47—49	48—50
4. gering genährte	39—44	40—45
Bullen:		
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	51—54	53—55
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	48—50	50—52
3. fleischige	45—47	46—48
4. gering genährte	42—45	42—45
Kühe:		
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	42—45	42—46
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	34—40	35—40
3. fleischige	27—32	28—33
4. gering genährte	20—25	20—25
Färsen (Kalbinnen):		
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	52—54	52—56
2. vollfleischige	46—50	46—50
3. fleischige	39—44	39—44
Fresser:		
1. mäßig genährtes Jungvieh	40—47	40—48
Kälber:		
1. Doppellender bester Mast	—	—
2. beste Mast- und Saugkälber	75—87	78—88
3. mittlere Mast- und Saugkälber	58—72	62—75
4. geringe Kälber	37—53	40—55
Schafe:		
1. Mastlämmer und jüngere Masthammel Weidemast	—	—
Stallmast	70—73	70—7'
2. mittlere Mastlämmer, ält. Masthammel	66—69	66—69
3. gut genährte Schafe	58—63	60—64
4. fleischiges Schafvieh	58—65	58—60
5. gering genährtes Schafvieh	40—55	38—55
Schweine:		
1. Fettschweine über 300 Pfund	77	—
2. vollfleischige von 240—300 Pfund	76—77	79
3. vollfleischige von 200—240 Pfund	75—77	78—79
4. vollfleischige von 160—200 Pfund	73—74	75—77
5. fleischige von 120—160 Pfund	70—72	72—74
6. fleischige unter 120 Pfund	—	—
7. Sauen	69—71	71—73

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufsspesen, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Marktverlauf: Rinder, Kälber und Schweine ruhig, gute schwere Kälber über Notiz, Schafe ziemlich glatt

Gerichtssaal.

Erfolgreiche Revision. Der Reisende Albert Streichhan in Berlin, ein notorischer Trinker, der seine Frau am 15. Mai v. J. in der Wohnung erdrosselt hatte und vom Schwurgericht Berlin wegen Totschlags zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hatte beim Reichsgericht Revision eingelegt. Der zweite Strafsenat hat das Urteil des Schwurgerichts aufgehoben und die Sache zu neuer Verhandlung an das Schwurgericht zurückverwiesen.

Verrat von Fabrikgeheimnissen. Das Schöffengericht Duisburg hatte sich mit einer Klage zu beschäftigen, die die Duisburger Kupferhütte gegen den früheren Laboratoriumsangestellten Richard Rosenthal und seinen Vater, einen Industriechemiker aus Dortmund, angestrengt hatte. Es handelte sich darum, festzustellen, ob Rosenthal und sein Vater ein in Deutschland nur von der Kupferhütte angewandtes Verfahren zur Gewinnung von Metallen aus Laugen verraten hatten. Das Gericht verurteilte Richard Rosenthal zu 4 Monaten Gefängnis und seinen Vater zu 500 Mark Geldstrafe.

Sport.

Bilanz der deutschen Hallensaison 1928-29. Am Schluß der deutschen Hallensportkämpfe ergab sich, daß Lammers, Bolze und Hirschfeld sämtliche Starts zu Siegen gestalten konnten. Lammers dominierte über die kurze Strecke, Wichmann und Dr. Pelzer über die Mittelstrecke, Bolze über die lange Strecke. Bester Hochspringer war Schröder, Bester im Weitsprung Köchermann und Bester im Kugelstoßen Hirschfeld.

Haymann gegen Phil Scott. Der deutsche Meister im Schwergewichtsboxen, Ludwig Haymann-München, hat das Angebot erhalten, am 2. Mai in der Londoner Albert Hall gegen Englands Meister Phil Scott um die außerordentlich hohe Börse von 3500 Pfund (rund 70 000 Mark) zu kämpfen. Die Verhandlungen sind noch nicht endgültig abgeschlossen.

Fußball im Turnunterricht. In den Lehrplänen für den Turnunterricht an den preußischen höheren Lehranstalten für die männliche Jugend wie auch in den Lehrplänen für die Mittelschulen ist neben den Spielen Schlagball, Handball und Faustball auch das Fußballspiel eingesetzt worden. In den neuen Lehrplänen für die Volksschulen in Preußen wird Fußball ebenfalls für die obersten Volksschulklassen zugelassen werden. Bei der Neugestaltung der Turnlehrer-Ausbildung in Preußen wird dementsprechend das Fußballspiel berücksichtigt werden.

GO MUNZER
und Akzidenz-Druckerei

Ich empfehle meine Druckerei
für die Herstellung sämtlicher
Drucksachen
für Behörden, Private, Industrie
zu den billigsten Preisen.
Geschmackvollste Ausführung.
/ / Schnelle Lieferung / /

ANGENBERG
Kassel • Fernsprecher Nr. 27

Raiffeisen.

Mitglieder werden nochmals an die heute Abend der Versammlung im „Grünen Baum" erinnert. findet eine **Filmvorführung statt.**

Reger Besuch erwünscht.

Der Vorstand.

Die größte Auswahl in
APETEN
finden Sie bei
Karl Bender.

Blutapfelsinen, Citronen,
enkohl, Gurken, Nüßchen,
Meerrettich usw.
offeriert
H. Mohr.

amm- und Busch-
Rosen
rei **Werkmeister**

Sämereien
empfiehlt **H. Mohr.**

Die größte Auswahl in
Tapeten
finden Sie bei
Sal. Spangenthal, Nachfl.
Fernruf 18

Gesangverein
„Liedertafel".

Montag, 1/2 9 Uhr
Gesangstunde

Der Vorstand.

2 Zimmer
zu vermieten.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Spangenberger Zeitung

Suche sofort
schulentlassenes, christliches
Mädchen
Wo? sagt die Geschäftsstelle.

Garantiert reinen Bienenhonig
offeriert
H. Mohr.

Das Wunder
des Frühlings
äußert sich auch in uns, der Körper ist bestrebt die Winterschlacken zu entfernen und neue Kräfte zu sammeln. Hierbei wird er aufs wirksamste durch eine „Köstritzer Schwarzbier-Kur" unterstützt, die das Angenehme mit dem Nützlichen verbindet. Wem zu herb, der setze anfangs Zucker nach Geschmack zu.
Verkaufsstellen: W. Schallas; W. Klein, Gasthaus „Zum Hindenburg-"

TAPETEN
große, neue Auswahl
Richard Mohr.

Eine Lebensfrage
für die heimische Geschäftswelt
ist die Gewinnung eines kaufkräftigen Kundenkreises. Ohne
die Zeitungs-Anzeige
ist dies aber nicht recht möglich;
denn die Anzeige ist das Sprachrohr eines jeden Geschäftes.

Darum inseriere!

Regelung des Feuerlöschwesens.

Der Magistrat hat am 10. April 1928 einen Nachtrag (1. Nachtrag) zur Ordnung, betr. die Regelung des Feuerlöschwesens, vom 21. 4. 1928 beschlossen, der im Rathause obliegt.

Jedem Bürger steht es frei, innerhalb der nächsten 2 Wochen, vom 15. 4. 1929 ab gerechnet, bei dem Magistrat Einwendungen zu erheben.

Spangenberg, den 10. 4. 1929.

Der Magistrat, Schier.

Liebenbachbad.

Das Betreten des Liebenbachbades ist, solange der Betrieb nicht eröffnet ist und Karten nicht ausgegeben werden, verboten. An die Eltern ergeht die Aufforderung, ihre Kinder zu belehren. Ueberdies haben sie sich bei Unfällen die Verantwortung selbst zuzuschreiben.

Spangenberg, den 12. April 1929.

Der Bürgermeister, Schier.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 14. April 1929.
Miserikordias Domini.

Gottesdienst in:

Spangenberg.

Vormittags 1/2 11 Uhr: Pfarrer Münch.

Elbersdorf.

Vormittags 10 Uhr: Lesegottesdienst.

Schnellrode.

Vormittags 3/4 9 Uhr: Pfarrer Münch.

Christliche Vereine.

Montag 8 Uhr: Mütterverein: Kandidat Eckhardt.
Dienstag 1/2 9 Uhr: Jungfrauenverein, 1. und 2. Abteilung Pfarramtskandidat Eckhardt
Donnerstag 1/2 9 Uhr: Christlicher Verein junger Männer. Bruder Rau.
Freitag 1/2 9 Uhr: Bläserchor: Bruder Rau.

Das Rezept der Scheuerkunst:

Streuen Sie Henkels Ata auf einen feuchten Lappen, und putzen Sie damit den Gegenstand! Spülen Sie gründlich ab, und reiben Sie sorgfältig trocken! Bei Aluminium ist Ata auf einen trockenen Lappen zu streuen. Mit trockenem weichem Lappen wird nachgeputzt. Ata kostet nur 20 Pfennig.

ATA putzt und scheuert alles.
Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.

... plötzlich geht das Licht aus!

Größte Verlegenheit!

Sicherung durch?
Kein Ersatz?

Einfache Abhilfe:

Nimm Elfa-Automat

Ein Druck auf den Knopf schaltet den Strom sofort wieder ein.

Von jedermann zu bedienen!

Einmalige Anschaffung!

Druckknopf

2, 4 u. 6 Amp. RM. 4.60, 10 Amp. RM. 5.—, 15 Amp. RM. 5.50 das Stück

BEI JEDEM ELEKTRO-INSTALLATEUR ZU HABEN!

Leistungszucht!
Weiß. am. Leghorn
mit Blutauffrischung gepaart
Sehr gute Winterleger.
Fallnestkontrolle.
Bruteier gibt ab
August Jakob, Aue

MASCHINEN WERKZEUGE
liefert sofort ab Lager
Wiethoff & Co.
Kassel,
Opernstraße 8

Gelegenheitskauf!
Strickwolle p. Pfund **2.20**
Muster gratis!
Wollspinnerei Tirschenreuth B
(408)

Kleinkaliber Schützenverein, Spangenberg

Am Sonntag, den 14. April findet unser

Frühjahrs-Preisschießen

verbunden mit **Ball**

im „Hotel Heinz" statt. — Beginn 15 Uhr.

Der Vorstand.

Feld- u. Garten-Sämereien

Karl Bender.

Priv. Fachschule f. d. Schneidergewerbe Reg.-Bezirk Kassel
Lehrwerkstatt für Damenschneiderei, Spangenberg, Oberlor 195

Vorbereitungskurse zur Meister- u. Gehilfen-Prüfung.
Weitere Berufsausbildung bis z. Diplomprüfung.
Ständig Unterricht im neuzeitlichen Zuschneiden, Modellarbeit und praktischer Arbeit für Beruf und Hausbedarf.
Junge Mädchen werden eingestellt als
Lehrlinge für die Damen-Schneiderei
Damen jeden Alters zur Erlernung der Anfertigung eigener Garderobe und Wäsche.

Fachkundige Beratung in allen Fachfragen

Kaufen Sie

Uhren
Schmuck
Bestecke
Bleikristall
Grammophone
Schallplatten
Taschenlampen
in Ia. Qualitäten nur beim Fachmann

Willi Diebel
Uhrmacher.

Reparaturen werden gewissenhaft und gut ausgeführt.

Spangenberger Lichtspiele

Sonntag, 14. April abends 8 15 Uhr

I. TEIL. 6 AKTE - 3496 METER

Außerdem:

Alles für Nina.
Lustspiel in 2 Akten.

und

Ufa-Wochenschau

Ia. Kasseler Musik.

Stadt Spangenberg

kauft trockenes Brennholz, tunlichst zerkleinert.

Barnefelder Bruteier gibt ab

Sehr gute Winterleger!
Georg Eckel
Spangenberg.
(Schafhof)

Kaiser's Brustkaramellen

H. Mohr

Bei Bedarf in

modernen Tapeten

hält sich bestens empfohlen

Levi Spangenthal, Tel. 68

Nach 5-jähriger Tätigkeit als Assistenzarzt an verschiedenen Universitätskliniken für Ohren- Nasen- Kehlkopfkranke (zuletzt in Heidelberg) sowie Ausbildung im Sonderfach für Sprach- u. Stimmstörungen (Wien, München) habe ich mich in

KASSEL

als

Facharzt f. Hals- Nasen- Ohrenleiden

niedergelassen.

Dr. med. Fellenz.

Sprechzeit: 11—1 4—½6 Uhr.

Obere Königstraße 13 (Merkurhaus) Fernruf 2300.

Für die mir zu meinem

80. Geburtstage

erwiesenen Aufmerksamkeiten danke ich herzlichst.

Spangenberg, den 13. April 1929

Frau Ww. R. Goldschmidt.

Fressen Ihre Ferkel und Schweine schlecht?

Kommen sie nicht voran durch Husten Ausschlag (Grind), Knochenfleiheit! **Sua C hilft Erfolg garantiert in 3—5 Tagen.** Zu haben in **Spangenberg:** Drogerie W. Schallas. **Melsungen:** Rosenapotheke, Schwanen-Drogerie.

Sua C.

Lest Euer Heimatblatt!

DRUCKSACHEN liefert preiswert H. MUNZER